

Das Recht zum Kriege

Seitdem der alternde Immanuel Kant 1795 seine Abhandlung „Zum ewigen Frieden“ veröffentlichte, gilt es vielen als ausgemachte Wahrheit, daß der Krieg der Zerstörer alles Guten und der Ursprung alles Bösen sei. Trotz aller Lehren der Geschichte wird auch die Unvermeidlichkeit des Völkerkampfes bezweifelt und der wachsenden Kultur eine kriegüberwindende Macht zugesprochen. Aber unbekümmert um solche Lehrmeinungen der Menschen und den Wandel der Zeiten ist der Krieg immer wieder waffentlirrend durch die Länder gezogen und hat seine zerstörende, aber auch seine schöpferische und reinigende Kraft bewährt. Die Menschheit über sein eigentliches Wesen zu belehren, hat er nicht vermocht. Große Kriagsperioden haben nicht von der Notwendigkeit des Krieges überzeugt, sondern im Gegentheil immer von neuem den Wunsch wachgerufen, den Krieg womöglich ganz aus dem politischen Verkehr der Völker auszuschalten.

Dieser Wunsch und diese Hoffnung bestehen auch heute wieder in den weitesten Kreisen. Die Erhaltung des Friedens wird als das einzig erstrebenswerte Ziel aller Staatskunst angepriesen. Ja, dieses unbedingte Friedensverlangen hat gerade in unseren Tagen eine ganz besondere Macht über die Gemüter gewonnen. In Friedensligen und Friedenskongressen findet dieses Streben seinen öffentlichen Ausdruck; die Presse aller Länder wie aller Parteien öffnet ihm ihre Spalten; die Strömung in dieser Richtung ist so stark, daß selbst die meisten Regierungen die Notwendigkeit, den Frieden zu erhalten, als das wesentlichste Ziel ihrer Politik wenigstens öffentlich be-

zeichnen. Wo aber dennoch ein Kriegsfeuer entsteht, wird der Angreifer vor aller Welt gebrandmarkt, und alle Regierungen bemühen sich, teils wirklich, teils nur zum Schein den Brand zu löschen.

Ideale Friedensliebe ist freilich nur selten der Beweggrund ihres Handelns. Meist benutzen sie das zur Schau getragene Friedensbedürfnis nur als Deckmantel, unter dem sie ihre eigentlichen politischen Zwecke zu fördern suchen. So war es im wesentlichen auf den Haager Friedenskongressen, und so ist wohl auch das Vorgehen der Vereinigten Staaten von Nordamerika aufzufassen, die in neuerer Zeit alles Ernstes bemüht gewesen sind, Schiedsgerichtsverträge vor allem mit England, aber auch mit Japan, Frankreich und Deutschland abzuschließen, bisher freilich ohne praktisches Ergebnis.

Man kann schwerlich annehmen, daß wirkliche Friedensliebe die Triebfeder dieser Bestrebungen sei. Das geht schon daraus hervor, daß gerade die Mächte, die als die Schwächeren der Vergewaltigung ausgesetzt sind und daher des internationalen Schutzes am meisten bedürften, bei den amerikanischen Schiedsgerichtsansprüchen völlig übergangen worden sind. Es muß daher vorausgesetzt werden, daß sehr nüchterne politische Motive die geschäftskundigen Amerikaner zu solchen Schritten veranlaßt und andererseits das „perfide Albion“ bewogen haben, darauf einzugehen. Man darf wohl annehmen, daß England die Absicht gehabt hat, sich für einen Krieg mit Deutschland den Rücken zu decken, daß Amerika aber freie Hand gewinnen wollte, um ungestört seine Machtpolitik in Mittelamerika betreiben und seine den Panamakanal betreffenden Pläne zum einseitig-amerikanischen Vorteil ausführen zu können. Beide Staaten aber hatten wohl die Hoffnung, den Vertragsgenossen auf diesem Wege zu übervorteilen und selbst den Löwenanteil zu gewinnen. Theoretiker und Schwärmer aber glauben in dem Bemühen des Präsidenten Taft einen gewaltigen Schritt vorwärts auf der Bahn zum ewigen Frieden zu erkennen und stimmen ihm begeistert zu. Selbst der Leiter der auswärtigen Politik Englands hat das Vorgehen der Ver-

einigten Staaten mit gut gespielmtem Idealismus als einen Abschnitt in der Geschichte der Menschheit bezeichnet.

Wie eine Bleichsucht hat das Friedensverlangen die meisten Kulturvölker befallen, ein Zeichen von Mutlosigkeit und politischer Willensschwäche, wie es in epigonenhaften Zeiten wiederholt zutage getreten ist. „Immer,“ lehrt H. v. Treitschke, „sind es nur die müden, geistlosen und erschlafften Zeiten gewesen, die mit dem Traume vom ewigen Frieden gespielt haben.“

Innerhalb gewisser Grenzen wird niemand den Bestrebungen, die Kriegsgefahr zu verringern und die Leiden, die der Krieg mit sich bringt, abzuschwächen, einige Berechtigung absprechen. Daß der Krieg das Erwerbsleben zeitweilig stört, die ruhige wirtschaftliche Entwicklung unterbricht, vielfaches Elend mit sich führt und die ursprüngliche Roheit des Menschen hervorbrechen läßt, ist eine nicht wegzuleugnende Tatsache. Es ist daher nur zu billigen, wenn Kriege aus leichtfertigen Gründen unmöglich gemacht werden sollen, wenn man bemüht ist, die Unbilden, die der Krieg notwendig mit sich führt, einzuschränken, soweit es mit dessen eigenstem Wesen vereinbar ist. Was die Haager Friedenskongresse auf diesem engeren Gebiete geleistet haben, verdient wie jede zulässige Humanisierung des Krieges allgemeine Anerkennung. Ganz etwas anderes aber ist es, wenn die Absicht dahin geht, den Krieg überhaupt zu beseitigen und seine entwicklungsgeschichtliche Notwendigkeit zu leugnen.

Dieses Streben setzt sich in unmittelbaren Widerspruch mit den großen allgemeinen Gesetzen, die alles Leben beherrschen, denn der Krieg ist in erster Linie eine biologische Notwendigkeit, ein Regulator im Leben der Menschheit, der gar nicht zu entbehren ist, weil sich ohne ihn eine ungesunde, jede Förderung der Gattung und daher auch jede wirkliche Kultur ausschließende Entwicklung ergeben müßte. „Der Krieg ist der Vater aller Dinge“¹⁾. Diese Erkenntnis hatte

¹⁾ Πόλεμος πατήρ πάντων. Heraclit von Ephesus.

Je
Bot
Tam
100/101

sich schon lange vor Darwin den Weisen des Altertums erschlossen.

Im Leben der Natur ist der Kampf ums Dasein zugleich die Grundlage aller gesunden Entwicklung. Alles Seiende stellt sich dar als Ergebnis ringender Kräfte. So ist auch im Leben des Menschen der Kampf nicht nur das zerstörende, sondern auch das lebenspendende Prinzip. „Verdrängen oder sich verdrängen lassen, ist der Kern des Lebens“, sagt Goethe, und der Lebensstarke behält die Oberhand. Überall gilt das Gesetz des Stärkeren. Die Formen überdauern, die sich die günstigsten Lebensbedingungen zu schaffen und sich im Gesamthaushalt der Natur zu behaupten vermögen. Das Schwache unterliegt. Geregelt und gemäßigt wird dieser Kampf durch die unbewußt waltenden biologischen Gesetze und das Spiel der gegeneinander wirkenden Kräfte. In der Welt der Pflanzen und Tiere vollzieht sich dieser Prozeß in unbewußter Tragik. In der Menschheit wird er mit Bewußtsein geführt und durch die Gesellschaftsordnungen geregelt. Mit allen Mitteln sucht der Willens- und Geistesstarke sich zur Geltung zu bringen, strebt der Ehrgeizige nach oben, und keineswegs läßt sich bei diesem Streben das Individuum lediglich vom Bewußtsein des Rechtes leiten. Gewiß ist die Lebensarbeit und ist der Lebenskampf zahlreicher Menschen durch selbstlose und ideale Beweggründe bestimmt; in weit höherem Maße aber sind es die weniger edlen Leidenschaften: Gier nach Besitz, Genuß und Ehre, Neid und Rachegefühl, die das menschliche Tun bestimmen, und vielleicht öfter noch ist es die Not des Lebens, die selbst höher veranlagte Naturen in den gemeinen Kampf der Massen um Dasein und Genuß herunterzieht. Darüber wird wohl niemand im Zweifel sein. Aus Individuen aber setzen sich die Völker, aus Gesellschaften die Staaten zusammen, und was in dem einzelnen wirksam ist, kommt auch in der Gesamtheit zur Geltung. Es ist ein fortwährender Kampf um Besitz, Macht und Herrschaft, der die Beziehungen der Völker untereinander in erster Linie beherrscht, und das Recht wird meistens nur so lange geachtet, als es

sich mit dem Vorteil vereinigen läßt. Solange es Menschen gibt, die menschlich fühlen und ringen, solange es Völker gibt, die nach erweiterter Lebensbetätigung streben, so lange werden sich auch stets Interessengegensätze herausbilden, werden Anlässe zum Kriegführen gegeben sein.

„Der Kampf ist dasjenige Naturgesetz, auf das sich alle Naturgesetze vereinfachen lassen. Alle innergesellschaftlichen Güter, alle Gedanken, Erfindungen, Einrichtungen, wie die Gesellschaftsordnung selbst, sind ein Ergebnis des innergesellschaftlichen Kampfes, in dem das eine bestehen bleibt, das andere ausgeschieden wird. Der außergesellschaftliche, der übergesellschaftliche Kampf, der die äußere Entwicklung der Gesellschaften, Völker, Rassen leitet, ist der Krieg.“

Die innere Entwicklung, der innergesellschaftliche Kampf ist die menschliche Tagesarbeit, der Kampf der Gedanken, Gefühle, Wünsche, Wissenschaften, Leistungen. Die äußere Entwicklung, der übergesellschaftliche Kampf, ist der blutige Völkerkampf, der Krieg. Worin besteht die Schöpferkraft des Kampfes? In Werden und Vergehen; im Siege des einen Faktors und in der Niederlage des anderen Faktors! In der Auslese liegt die Schöpfungstat des Kampfes“¹⁾.

Im innergesellschaftlichen Kampf wird die Gesellschaftsordnung sich als die lebensfähigste erweisen, in der die tüchtigsten Persönlichkeiten zum größten Einfluß gelangen. Im außergesellschaftlichen Kampf, im Kriege, wird das Volk siegen, das die größte körperliche, geistige, moralische, materielle und staatliche Kraft in die Wagschale zu werfen hat und daher am wehrhaftesten ist. Ihm wird der Krieg günstige Lebensbedingungen, erweiterte Entwicklungsmöglichkeit, gesteigerten Einfluß gewähren und damit dem menschlichen Fortschritt dienlich sein; denn es ist klar, daß die Faktoren, die die Überlegenheit im Kriege gewähren, nämlich vor allem die geistigen und sittlichen, zugleich die sind, die überhaupt eine fortschrittliche Entwicklung ermöglichen. Eben dadurch, daß sie die

¹⁾ Clausß Wagner, Der Krieg als schaffendes Weltprinzip.

Elemente des Fortschritts in sich bergen, verleihen sie den Sieg. Ohne den Krieg aber würden nur allzuleicht minderwertige oder verkommene Rassen die gesunden, keimkräftigen Elemente überwuchern, und ein allgemeiner Niedergang müßte die Folge sein. „Der Krieg“, sagt A. W. v. Schlegel, „ist notwendig, wie der Kampf der Elemente in der Natur.“

Gewiß wird es vorkommen, daß mehrere schwächere Völker sich vereinigen und eine Überlegenheit bilden, um das an sich stärkere Volk zu überwinden, und oft wird ihnen das zeitweise gelingen. Auf die Dauer aber macht sich die intensivere Lebenskraft dennoch geltend, und während die vereinigten Gegner in sich verderben, erwachsen dem starken Volke selbst aus der momentanen Niederlage neue Kräfte, die ihm den endlichen Sieg auch über numerische Überlegenheit verschaffen. Gerade unsere deutsche Geschichte ist ein redendes Beispiel für diese Wahrheit.

So ist der Kampf ein allgemeines Gesetz der Natur und der Trieb zur Selbsterhaltung, der zum Kampf führt, als eine natürliche Bedingung alles Lebens durchaus berechtigt. „Mensch sein heißt ein Kämpfer sein.“ Sich selbst aufgeben aber ist eine Verneinung des Lebens, wie im Dasein des einzelnen, so auch im Leben der Staaten als der Volkspersönlichkeiten; das eigene selbständige Dasein zu behaupten, ist das erste und oberste Gesetz. Nur in der Selbstbehauptung kann der Staat seinen Bürgern die Lebensbedingungen erhalten und den rechtlichen Schutz gewähren, den jeder von ihm zu fordern berechtigt ist. Diese Pflicht der Selbstbehauptung ist aber keineswegs durch die bloße Abwehr feindlicher Angriffe erschöpft; sie schließt die Forderung ein, der Gesamtheit des Volkes, das der Staat umfaßt, Daseins- und Entwicklungsmöglichkeit zu gewähren.

Kräftige, gesunde und aufblühende Völker nehmen an Volkszahl zu; sie bedürfen daher von einem gegebenen Augenblick an einer steten Erweiterung ihrer Grenzen, sie brauchen Neuland, um den Überschuß der Bevölkerung unterzubringen. Da

aber die Erde fast überall besiedelt ist, kann Neuland im allgemeinen nur auf Kosten Besitzender gewonnen werden, d. h. durch Eroberung, die damit zu einem Gesetz der Notwendigkeit wird.

Das Recht der Eroberung ist auch allgemein anerkannt. Zunächst vollzieht sie sich auf friedlichem Wege; überfüllte Länder ergießen einen Strom von Auswanderern in andere Staaten und Gebiete. Indem diese sich den Rechtsordnungen des Einwanderungslandes unterordnen, suchen sie sich auf Kosten der ursprünglichen Einwohner und im Wettbewerb mit ihnen günstige Daseinsbedingungen zu schaffen, d. h. zu erobern.

Allgemein anerkannt ist aber auch das Recht der Kolonisation, indem weite, von wenig kultivierten Massen bewohnte Gebiete durch Staaten höherer Kultur in Besitz genommen und ihrer Herrschaft unterworfen werden. Die höhere Kultur und die dementsprechend größere Macht begründen das Recht zur Besitzergreifung. Freilich ist dieses Recht ein sehr schwankendes, und es dürfte unmöglich sein, zu bestimmen, welcher Kulturunterschied die Besitzergreifung und Unterwerfung rechtfertigt. Gerade die Unmöglichkeit, in diesen Beziehungen der Völker zueinander eine rechtliche Grenze zu finden, ist aber wieder die Ursache vieler Kriege. Der Unterworfenen erkennt das Recht nicht an, ihn zu unterwerfen, und das stärkere Kulturvolk seinerseits will dem Unterworfenen das Recht auf Selbstständigkeit nicht zugestehen. Kritisch wird dieser Zustand besonders dann, wenn die Kulturverhältnisse sich mit der Zeit geändert haben — wenn auch das unterworfenen Volk höhere Lebensformen und Lebensauffassungen gewonnen hat und der Kulturunterschied damit immer mehr verschwindet: Verhältnisse, wie sie jetzt zum Beispiel in Britisch-Indien heranreifen.

Endlich gilt auch von jeher das Recht der Eroberung durch den Krieg. Wo für ein zunehmendes Volk Kolonialland von unkultivierten Rassen nicht gewonnen werden kann, und dennoch der Volksüberschuß, den das eigene Land nicht mehr zu ernähren vermag, dem Staate erhalten werden soll, bleibt nichts anderes

übrig, als sich das nötige Gebiet durch Krieg zu verschaffen, da zwingt der Selbsterhaltungstrieb zum Kriege und zur Eroberung fremden Landes. Da hat nicht mehr recht, wer besitzt, sondern wer im Kampfe Sieger bleibt, und für das bedrohte Volk gilt das Goethesche Wort:

„Was du ererbt von deinen Vätern hast,
Erwirb es, um es zu besitzen.“

Das Vorgehen Italiens in Tripolis liefert ein Beispiel für derartige Verhältnisse, während Deutschland in der Marokkofrage sich zu ähnlichem Entschluß nicht aufzuraffen vermochte¹⁾.

Recht hat in solchen Fällen, wer die Kraft hat, zu erhalten oder zu erobern. Die Kraft ist zugleich das höchste Recht, und der Rechtsstreit wird entschieden durch den Kraftmesser, den Krieg, der zugleich immer biologisch gerecht entscheidet, da seine Entscheidungen aus dem Wesen der Dinge selbst hervorgehen.

Wenn somit die Volkszunahme unter Umständen einen zwingenden Grund zum Kriege bildet, kann der gleiche Zwang auch aus den Arbeitsverhältnissen hervorgehen.

In Amerika, England und Deutschland, um nur die größten Handelsstaaten zu nennen, bietet die Industrie großen Massen der Bevölkerung lohnende Arbeit. Alle Erzeugnisse dieser Arbeit zu verbrauchen, ist aber die Bevölkerung des eigenen Staates nicht imstande. Die Industrie lebt also zum großen Teil von der Ausfuhr. Solange sie Märkte findet, die ihre Erzeugnisse willig aufnehmen, sind Arbeit und Verdienst gesichert, indem sie vom Auslande bezahlt werden. Dieses aber

¹⁾ Es soll damit nicht gesagt werden, daß Deutschland einen Teil Marokkos hätte in Besitz nehmen können und sollen. Wohl aber bin ich aus mehr wie einem Grunde der Ansicht, daß es geboten gewesen wäre, die tatsächliche Souveränität dieses Staates auf Grund der Algeciras-Akte mit allen Mitteln aufrecht zu erhalten. Unter anderen Vorteilen, die hier nicht erörtert werden sollen, wäre uns dadurch das Land als mögliches Siedelungsgebiet erhalten geblieben. Das hätte für die Zukunft berechnete Ansprüche geschaffen.

646894

hat das dringende Interesse, sich von solchem Tribut zu befreien und, was es braucht, selbst zu erzeugen. Überall finden wir daher auch das Bestreben, auf der einen Seite eine eigene Industrie ins Leben zu rufen und sie durch Zollschranken zu schützen, auf der anderen Seite sich die Märkte offen zu halten, andere mitbewerbende Industrien zu unterdrücken oder zu schädigen und sich dadurch sowohl die Abnehmer zu erhalten als auch neue zu gewinnen. Es ist ein erbitterter Kampf, der auf dem Weltmarkt geführt wird. Oft genug hat er schon in Zollkriegen bestimmte feindselige Formen angenommen, und eine weitere Verschärfung dieses Kampfes wird die Zukunft zweifellos bringen. Je mehr sich einerseits große Handelsgebiete nach außen abschließen, je mehr andererseits bisher abnehmende Länder eigene Industrie entwickeln, die bei günstigeren Arbeits- und Erzeugungsverhältnissen billiger zu liefern vermag als die Einfuhr aus den älteren Industriestaaten, desto mehr wird sich die Arbeit dieser letzteren auf dem Weltmarkt gefährdet sehen, und sehr wohl kann der Fall eintreten, daß ein Ausfuhrstaat seinen Arbeitern nicht mehr genügende Lebensbedingungen zu schaffen vermag. Ein solcher Staat liefe Gefahr, nicht nur einen wertvollen Teil seiner Bevölkerung durch Abwanderung zu verlieren, sondern auch seine politische und kulturelle Machtstellung bei abnehmender Arbeitsleistung und schwindendem Erwerb allmählich einzubüßen.

Wir stehen in dieser Hinsicht heute am Anfang einer Entwicklung; die Möglichkeit kann aber keineswegs von der Hand gewiesen werden, daß die Notwendigkeit, seiner Bevölkerung lohnende Arbeit zu verschaffen, den Staat zu kriegerischen Unternehmungen zwingt. Hätte es sich in Marokko um größere Werte gehandelt, als augenblicklich noch der Fall ist, wäre unser Ausfuhrhandel schon jetzt ernstlich gefährdet, so würde Deutschland eine Vorzugsstellung auf dem marokkanischen Markte den Franzosen schwerlich ohne Kampf eingeräumt haben, und England würde, wie es um den Besitz der südafrikanischen Gold- und Diamantensfelder gerungen hat, zweifellos einen Kampf bis aufs Messer nicht scheuen, wenn es seinen indischen

Markt bedroht lähe, auf dessen Beherrschung seine heutige Machtstellung wesentlich beruht.

So führt die Erkenntnis, daß der Krieg durch biologische Notwendigkeiten bedingt wird, von vornherein zu dem Schluß, daß jeder Versuch, ihn aus dem Völkerverkehr auszuschalten, sich als völlig undurchführbar erweisen müßte. Er ist aber nicht nur eine biologische Notwendigkeit, sondern auch eine sittliche Forderung und als solche ein unentbehrlicher Faktor der Kultur.

Der Standpunkt, den man zu dieser Auffassung einnimmt, hängt auf das innigste zusammen mit der Weltanschauung überhaupt.

Wer das Leben des einzelnen wie das der Völker als etwas rein Sinnliches, als einen mit dem Tode und dem äußeren Vergehen abgeschlossenen Vorgang betrachtet, muß logischerweise die möglichst glückliche, genussreiche Gestaltung dieses Lebens und die möglichste Verringerung alles äußeren Leidens als das höchste Ziel betrachten, das Menschen erstreben können. Er wird im Staate nur eine Art Versicherungsanstalt erblicken, die ihm ein möglichst ungestörtes Erwerbs- und Genußleben im weitesten Sinne gewährleisten soll; er wird der Ansicht beipflichten, die Wilhelm v. Humboldt in seiner Abhandlung über die Grenzen der Wirksamkeit des Staates aussprach¹⁾: die Zwangsanstalt des Staates müsse sich auf die Sicherung von Hab und Leben beschränken; er wird den Staat als eine Rechtsanstalt begreifen und dazu neigen, den Krieg als das denkbar größte Übel zu verabscheuen.

Wer dagegen Menschen- und Völkerleben nur als Bruchteil einer Gesamteristenz auffaßt, deren Endabsicht nicht im Genuß, sondern in der Entwicklung geistiger und sittlicher Kräfte besteht, wer alles Genießen nur als eine Begleiterscheinung wechselnder Lebenszustände ansieht, dem wird auch die Aufgabe des Staates als eine andere erscheinen. Ihm ist der

¹⁾ W. v. H., Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen.

Staat nicht nur eine rechtliche und gesellschaftliche Versicherungsanstalt; für ihn hat die staatliche Vereinigung nicht nur den Zweck, dem einzelnen möglichst viele Kulturgüter zugänglich zu machen; sondern er spricht ihr die höhere Aufgabe zu, die geistigen und sittlichen Kräfte eines Volkes zur höchsten Entfaltung zu bringen und ihnen den Einfluß in der Welt zu sichern, der ihnen für den Gesamtfortschritt der Menschheit zukommt. Er sieht, wie schon Fichte lehrte¹⁾, im Staat den Erzieher des Menschengeschlechts zur Freiheit, dem es auferlegt sei, die sittliche Aufgabe auf Erden zu verwirklichen. „Der Staat“, sagt Treitschke, „ist eine sittliche Gemeinschaft, er ist berufen zu positiven Leistungen für die Erziehung des Menschengeschlechts, und sein letzter Zweck ist, daß ein Volk in ihm und durch ihn zu einem wirklichen Charakter sich ausbildet; denn das ist für ein Volk wie für den einzelnen Menschen die höchste sittliche Aufgabe“²⁾.

Diese höchste Entwicklung kann niemals im reinen Individualismus erreicht werden. Nur indem der Mensch in einer Gesamtheit aufgeht, in einem sozialen Organismus, für den er lebt und wirkt, kann er seine höchsten Fähigkeiten ausbilden, in der Familie, in der Gesellschaft und vor allem im Staat, der den einzelnen aus den engen Kreisen, in denen sich sonst sein Leben abspielen würde, hinausführt und ihm eine Wirkung für die großen gemeinsamen Interessen der Menschheit ermöglicht. Erst der Staat, lehrte einst Schleiermacher, gibt dem einzelnen den höchsten Grad des Lebens³⁾.

Von diesem Standpunkt aus wird man auch den Krieg

¹⁾ Fichte, Staatslehre.

²⁾ Treitschke, Politik I, S. 81.

³⁾ Den Begriff des Staates zu dem der Menschheit zu erweitern, und damit dem einzelnen scheinbar noch höhere Aufgaben zu stellen, führt auf Irrwege, da in einer einheitlich gedachten Menschheit der Kampf und damit das notwendigste Lebensprinzip ausgeschaltet wäre; ganz abgesehen davon, daß ein Wirken für die Gesamtmenschheit außerhalb der Grenzen des Staates und der Nationalität praktisch unmöglich ist. Derartige Ideen gehören in das weite Gebiet der Utopien.

als eine sittliche Notwendigkeit betrachten, wenn er um die höchsten und wertvollsten Güter eines Volkes geführt wird. Es ist — wie das menschliche Leben nun einmal beschaffen ist — der politische Idealismus, der den Krieg fordert, während der Materialismus ihn in der Theorie wenigstens verwirft.

Wer von diesem höheren Standpunkt aus den Begriff des Staates faßt, wird sehr bald erkennen, daß dieser seine großen sittlichen Zwecke nur erreichen kann bei wachsender politischer Macht, und daß das Höchste, was er erstrebt, in untrennbarer Wechselbeziehung steht zu der Förderung auch seiner materiellen Interessen. Nur der nach erweiterter Machtsphäre strebende Staat schafft die Bedingungen, unter denen sich das Menschentum zu edelster Blüte entwickeln kann; erst auf der großen Bühne der Taten, wie die Macht sie schafft, wird der Entwicklung aller besten menschlichen Fähigkeiten und Eigenschaften Raum gegeben. Wenn aber der Staat auf Machterweiterung verzichtet und vor jedem Krieg zurückbebt, der für die Weiterentwicklung notwendig ist, wenn er nur noch sein und nicht mehr werden will, wenn er sich „beruhigt auf ein Faulbett“ legt, dann verkümmern in ihm auch die Menschen; jedem einzelnen wird das Streben beschränkt, und die großen Gesichtspunkte gehen verloren. Die Erbärmlichkeit des Lebens aller Kleinstaaten beweist das zur Genüge, und dem gleichen Fluch verfällt auch jeder Großstaat, der sich bescheidet.

In einem langen Frieden drängen sich alle kleinlichen und selbstsüchtigen Interessen in den Vordergrund; Eigennutz und Intrige machen sich breit, und der Idealismus geht unter in materieller Genußsucht. Das Geld gewinnt eine übergroße und unberechtigte Macht, und dem Charakter wird die ihm gebührende Achtung versagt:

„Denn der Mensch verkümmert im Frieden,
Müßige Ruh ist das Grab des Muts.
Das Gesetz ist der Freund des Schwachen,
Alles will es nur eben machen,
Möchte gern die Welt verflachen,

Aber der Krieg läßt die Kraft erscheinen,
Alles erhebt er zum Ungemeinen,
Selber dem Feigen erzeugt er den Mut“¹⁾.

„Kriege sind furchtbar, aber sie sind notwendig, denn sie schützen den Staat vor innerer Verknöcherung und Versumpfung. Es ist gut, daß die Endlichkeit und Vergänglichkeit der Güter dieser Welt nicht bloß gesagt, sondern erlebt und erfahren wird. Das geschieht im Kriege, nur in ihm“²⁾.

Der Krieg ist im Gegensatz zum Frieden der größte Machterweiterer und Lebenserwecker, den die Geschichte der Menschheit kennt. Wohl hat er manche materielle und seelische Not im Gefolge; zugleich aber ruft er die edelste Betätigung der menschlichen Natur in die Erscheinung, besonders unter den heutigen Verhältnissen, unter denen er nicht nur als eine Angelegenheit der Fürsten und Regierungen betrachtet werden kann, sondern als die Betätigung des Gesamtwillens eines ganzen Volkes.

Vor der ernststen Entscheidung, die ein Krieg in sich schließt, verlieren alle kleinlichen Sonderinteressen ihre Bedeutung. Die gemeinsame Gefahr einigt alles zu gemeinsamer Kraftanstrengung, und wer sich diesem Dienst der Allgemeinheit entzieht, wird verdienstermaßen niedergetreten. Schon in dieser Einigung liegt eine befreiende Kraft, die lange und glücklich fortwirkt in dem Leben eines Volkes. Man denke nur an die einigende Kraft der Freiheitskriege wie des Deutsch-Französischen Krieges und an deren geschichtliche Folgen. Die einzelnen Roheiten, die jeder Krieg mit sich bringt, verschwinden völlig vor dem Idealismus der Gesamtleistung. Alle Scheingrößen, wie sie ein langer Frieden unzweifelhaft großzieht, werden entlarvt. Die Persönlichkeiten erlangen den ihnen gebührenden Platz; alles Starke, alles Hohe und Wahre tritt hervor und gelangt zur Wirksamkeit. „In tausend rührenden Zügen bekundet sich die heilige Macht der Liebe, die ein gerechter Krieg in edlen

¹⁾ Schillers Braut von Messina.

²⁾ Runo Fischer, Hegel I, S. 737.

Völkern erweckt“¹⁾. Auch Friedrich der Große erkennt die veredelnde Wirkung des Krieges an. „Der Krieg“, sagt er, „eröffnet allen Tugenden das fruchtbare Feld; denn in jedem Augenblick können Standhaftigkeit, Mitleid, Seelengröße, Edelmut, Wildtätigkeit auf ihm glänzen; jeder Augenblick bietet uns Gelegenheit, eine dieser Tugenden auszuüben.“ —

„In dem Augenblick, wo der Staat ruft: jetzt gilt es mir und meinem Dasein, muß die soziale Selbstsucht zurücktreten und jeder Parteihaß schweigen. Der einzelne muß sein eigenes Ich vergessen und sich als Glied des Ganzen fühlen; er soll erkennen, wie nichtig sein Leben gegenüber dem Wohl des Ganzen ist. Darin eben liegt die Höhe des Krieges, daß der kleine Mensch ganz verschwindet vor dem großen Gedanken des Staates; die Aufopferung der Volksgenossen füreinander zeigt sich nirgendwo so herrlich, wie im Kriege. . . . Was ist das für eine Verfehrung der Sittlichkeit, wenn man aus der Menschheit streichen will das Heldentum“!²⁾ Selbst die Niederlage kann segensreiche Früchte tragen. Oft freilich fällt sie ein unwiderrufliches Urteil über Erbärmlichkeit und Schwäche; oft aber führt sie auch zu gesunder Erneuerung und schafft Grundlagen für frische kraftvolle Bildungen. „In der Wirkung des Krieges auf den Volkscharakter“, sagt Wilhelm v. Humboldt, „erkenne ich eine der heilsamsten Erscheinungen zur Bildung des Menschengeschlechts.“

Wie der einzelne sittlich nichts Höheres leisten kann, als mit seinem Leben einzustehen für seine Überzeugung, als das eigene Ich der Sache zu opfern, der er dient, oder auch nur dem Begriff des Wertes idealer Güter für die sittliche Persönlichkeit, so können auch Völker und Staaten nichts Erhabeneres vollbringen, als ihre ganze Kraft für ihre Selbstbehauptung, ihre Ehre und Würde einzusetzen. Nur im Kriege aber kann solche Gesinnung betätigt werden; nur wo die Möglichkeit des Krieges gegeben ist, wird in dem Charakter der Nationen die Spann-

¹⁾ Treitschke, Deutsche Geschichte I, S. 482.

²⁾ Treitschke, Politik I, S. 74.

kraft erhalten, aus der solche Gesinnung geboren wird, die die Völker befähigt, in voller Entwicklung ihrer sittlichen Kräfte den höchsten Aufgaben der Kultur gerecht zu werden. Nichts Schlimmeres kann einem begabten und kräftigen Volke widerfahren, als wenn es in unbestrittenem Genuß des Friedens einem beruhigten Phäakentum verfällt.

Auch von diesem Gesichtspunkt aus sind die Friedensbestrebungen, sobald sie Einfluß auf die Politik gewinnen, außerordentlich gefährlich für die Volksgeundheit, und die Staaten, die aus welchen Rücksichten immer in dieser Richtung tätig sind, untergraben die Wurzeln ihrer eigenen Kraft. Den Vereinigten Staaten von Nordamerika z. B., die neuerdings ¹⁾ für die Ideen des allgemeinen Friedens auch deshalb eintreten, um sich ungestört dem Geldgewinn und Geldgenuß hingeben zu können und die dreihundert Millionen Dollars zu sparen, die sie für Kriegsrüstungen ausgeben, erwächst eine große Gefahr nicht so sehr aus der Möglichkeit eines Krieges gegen England oder Japan, sondern gerade daraus, daß sie alle Konflikte mit ebenbürtigen Gegnern auszuschließen und damit große politische Spannungen zu vermeiden suchen, die doch allein die sittliche Ausbildung des Volkscharakters ermöglichen. Wenn sie auf diesem Wege fortschreiten, werden sie in Zukunft für eine solche Politik schwer zu büßen haben.

Auch vom christlichen Standpunkt aus kommt man zu keinem anderen Ergebnis. Die christliche Moral ist freilich auf dem Gesetz der Liebe aufgebaut: „Liebe Gott über alles und deinen Nächsten wie dich selbst.“ Dieses Gesetz aber kann für die Beziehungen der Staaten untereinander keine Bedeutung beanspruchen, da es auf die Politik angewendet zu einer Kollision der Pflichten führen würde. Die Liebe, die man dem anderen Staate als solchem erwiese, würde meist eine Lieblosigkeit gegen die eigenen Volksgenossen einschließen. Eine Politik auf solcher Grundlage müßte auf die schlimmsten Irrwege führen. Die christliche Moral ist eine persönliche und

¹⁾ Juni 1911.

gesellschaftliche und kann ihrem Wesen nach niemals eine politische sein. Sie will die Persönlichkeit sittlich fördern, um ihr die Kraft zu geben, altruistisch auch im Interesse einer Gesamtheit zu handeln. Sie lehrt sogar den einzelnen Feind lieben, aber sie hebt den Begriff der Feindschaft nicht auf. „Ich bin nicht gekommen, Frieden zu senden, sondern das Schwert,“ sagt nach der Überlieferung Jesus selbst¹⁾. Niemals kann seine Lehre gegen das die ganze Natur beherrschende Gesetz des Kampfes ins Feld geführt werden. Niemals hat es eine Religion gegeben, die mehr eine Kampfreligion wäre als die christliche. Der sittliche Kampf ist ihr eigentlicher Inhalt. Will man die christliche Auffassung auf die politischen Verhältnisse der Staaten übertragen, so könnte von ihrem Standpunkt aus doch nur die Forderung erhoben werden, die Macht des Staates — die Macht im umfassendsten Sinn, also nicht nur materiell gedacht — auf das höchste Maß zu steigern, um sie für die Zwecke des sittlichen Fortschritts der Gesamtmenschheit einzusetzen, im gegebenen Falle auch unter den Opfern, die ein Krieg erfordert. Also auch nach christlicher Auffassung wird man den Krieg an sich nicht verwerfen können, sondern muß ihm sittliche und geschichtliche Berechtigung zuerkennen.

Unberechtigt wäre es andererseits anzunehmen, daß vom entgegengesetzten, rein materialistischen Standpunkt aus der Krieg völlig ausgeschlossen sei. Der einzelne, der in solcher Anschauung lebt, wird ihm gewiß abhold sein, weil er ihm sein Leben und sein Wohlbefinden kosten kann, der Staat als solcher aber kann sehr wohl auch vom materialistischen Standpunkt aus zu dem Entschluß kommen, einen Krieg zu führen, wenn er glaubt, mit einem gewissen Opfer an Menschenleben und Menschenglück die Lebensbedingungen der Gesamtheit heben zu können. Der Verlust beschränkt sich auf verhältnismäßig wenige, und da die Grundlage jeder materialistischen Weltanschauung mit Notwendigkeit zur Selbstsucht

¹⁾ Ev. Matthäus X, 34.

führt, liegt für die Mehrheit der Staatsbürger von diesem Standpunkt aus keinerlei Grund vor, eine Minderheit im eigenen Interesse nicht zu opfern. Gerade vom materialistischen Standpunkt aus also, der die Notwendigkeit des Krieges leugnet, würde sich in Wirklichkeit der Krieg infolge der Selbstsucht sehr bald als zweckmäßig darstellen.

Die Betrachtung ergibt demnach nicht nur die unbedingte Notwendigkeit des Krieges, sondern auch von jedem Standpunkt aus seine innere Berechtigung. Zugleich erweisen sich die praktischen Mittel, die zur Verhütung des Krieges von den Anhängern der Friedensidee vorgeschlagen werden, als völlig unzureichend.

Von der Auffassung ausgehend, daß jeder Krieg einen Rechtsbruch darstelle und daß in der unbedingten Durchführung des Rechts nicht nur der höchste Ausdruck der Kultur, sondern auch das wahre Wohl der Staaten gegeben sei, wird immer von neuem der Vorschlag gemacht, durch Schiedsgerichte die zwischen den Staaten entstehenden Streitigkeiten zu schlichten und damit den Krieg unmöglich zu machen. Wer mit solchen Vorschlägen nicht irgendwelche Nebenabsichten verbindet, sondern wirklich an ihre Durchführbarkeit glaubt, legt von einer merkwürdigen Kurzsichtigkeit Zeugnis ab.

Zwei Fragen drängen sich dabei der Betrachtung unmittelbar auf, nämlich: nach welchem Recht der Schiedsspruch erfolgen soll, und wer dafür bürgen soll, daß sich die Parteien auch wirklich diesem Schiedsspruch fügen?

Die erste Frage kann man kurz dahin beantworten, daß es ein solches Recht weder gibt noch geben kann. Der Begriff des Rechts ist ein doppelter. Einmal bezeichnet er das Rechtsbewußtsein, das lebendige Gefühl von dem, was recht und gut ist; dann aber auch das gesellschaftlich und staatlich gesetzte, geschriebene oder durch das Herkommen geheiligte Recht. In der ersten Bedeutung ist es ein durchaus unbestimmbarer und persönlich bedingter Begriff, in der zweiten ist es wandelbar und entwicklungsfähig. Das gesetzte Recht ist immer nur ein Versuch, wirklich richtiges Recht zu sein.

Das Recht in diesem Sinne ist das System der durch Zwang gesicherten sozialen Zwecke. Es ist daher unmöglich, daß ein geschriebenes Recht allen Besonderheiten jedes einzelnen Falles entsprechen könne; immer wird die Anwendung des gesetzten Rechts subjektiv bedingt sein müssen, um dem Begriff der Gerechtigkeit wenigstens einigermaßen zu entsprechen; der Rechtsprechung muß stets eine gewisse Freiheit in der Beurteilung des einzelnen Falles gelassen werden. So ist schon innerhalb eines gegebenen und begrenzten Anschauungskreises das gesetzte Recht nur selten völlig gerecht.

Noch unsicherer aber wird der Begriff des Rechts dadurch, daß das Rechtsbewußtsein kein einheitliches, sondern ein vielfach verschiedenes ist. Wie in den einzelnen Personen, so entwickelt sich auch in den einzelnen Völkern ein ganz verschiedenartiges Rechtsbewußtsein, das in den mannigfaltigsten Formen zum Ausdruck kommt, aber auch neben dem gesetzten Recht, bisweilen sogar im Widerspruch zu ihm, in der Volksseele lebt. Im christlichen Staate gilt der Mord als ein schweres Verbrechen; in einem Volke, dem die Blutrache eine heilige Pflicht ist, kann er als eine sittliche Tat, sein Unterlassen als ein Verbrechen betrachtet werden. Zwischen so verschiedenen Rechtsauffassungen gibt es keinen Ausgleich.

Es kommt auch noch ein anderer Anlaß der Unsicherheit hinzu. Mit den wechselnden Begriffen verschiedener Zeiten und Weltanschauungen ändert sich auch das Rechtsbewußtsein desselben Volkes. Das gesetzte Recht vermag mit dieser inneren Entwicklung, diesem Wachstum des Rechtsbewußtseins nur selten Schritt zu halten; es bleibt hinter jenem zurück. Es entsteht ein Zustand, bei dem sich das lebendige Rechtsbewußtsein des Volkes mit dem gesetzten Recht im Widerspruch befindet, wo die Rechtsformen völlig überlebt sind und dennoch bestehen; und Mephisto behält recht mit seinem höhnnenden Wort:

„Es erben sich Gesetz' und Rechte
Wie eine ew'ge Krankheit fort;
Sie schleppen von Geschlecht sich zum Geschlechte
Und rücken sacht von Ort zu Ort.

Vernunft wird Unsinn, Wohltat Plage;
Weh dir, daß du ein Enkel bist!
Vom Rechte, das mit uns geboren ist,
Von dem ist leider nie die Frage.“ (Faust I.)

So ist schon für Menschen eines gemeinsamen Anschauungskreises in ihrem privaten und gesellschaftlichen Verkehr ein unbedingtes Recht nicht zu setzen. Der Begriff des Rechtsstaats im strengsten Sinne ist in Wahrheit eine Unmöglichkeit und müßte zu unerträglichen Zuständen führen, wenn das starre Prinzip nicht gemildert würde durch die fortschreitende Entwicklung des gesetzten Rechts, sowie durch die stets notwendige Zulassung der Gnade und der gesellschaftlich gestatteten Selbsthilfe. Um wie viel mehr muß ein allgemeines internationales Recht unmöglich sein bei den weitverzweigten und verwickelten Beziehungen zwischen Völkern und Staaten, wenn schon zwischen einzelnen Personen bisweilen nur der Zweikampf dem Rechtsbewußtsein entspricht! Jedes Volk bringt aus sich selbst seine eigenen Rechtsbegriffe hervor, jedes hat seine besonderen Ideale und Bestrebungen, die mit einer gewissen Notwendigkeit aus seinem Charakter und seinem geschichtlichen Leben hervorgehen. Diese verschiedenen Anschauungen tragen ihre lebendige Berechtigung in sich selbst und können mit denen anderer Völker in schroffsten Widerspruch geraten, ohne daß man sagen könnte, das eine Volk habe mehr Recht als das andere. Ein allgemeines Menschenheitsrecht hat es nie gegeben und kann es nicht geben. Einzelne Teilbeziehungen kann man wohl durch internationale Rechtsbestimmungen regeln, die Gesamtheit des Völkerlebens entzieht sich unbedingt der Kodifizierung. Selbst wenn eine solche aber versucht, selbst wenn ein umfassendes internationales Recht geschrieben würde, könnte doch kein Volk, das sich selbst achtet, seine eigene Rechtsauffassung einem so gesetzten Recht zuliebe opfern, ohne seine höchsten Ideale zu verleugnen, ohne sich einer sein eigenes Rechtsbewußtsein verletzenden Ungerechtigkeit zu fügen und sich so zu entwürdigen.

Besonders verderblich aber müßten Schiedsgerichtsverträge

für ein aufstrebendes Volk werden, das seinen politischen und nationalen Höhepunkt noch nicht erreicht hat und auf Machterweiterung angewiesen ist, um seinen Kulturaufgaben gerecht werden zu können. Jedes Schiedsgericht muß von einem gegebenen politischen Zustande ausgehen, diesen als zu Recht bestehend anerkennen und jede, auch die notwendigste Veränderung, die nicht die Zustimmung aller Vertragsgenossen findet, als Rechtsverletzung betrachten. Damit wäre jede fortschrittliche Veränderung gehemmt, ein Rechtszustand geschaffen, der mit der tatsächlichen Entwicklung der Verhältnisse sehr leicht in Widerspruch geraten und die Machterweiterung des lebenskräftigen Staats zugunsten des kulturell niedergehenden unterbinden könnte.

Schon aus diesen Erwägungen ergibt sich die Antwort auf die zweite entscheidende Frage, wodurch nämlich dem Schiedsspruch zwingende Geltung verschafft werden soll, wenn irgend ein Staat sich ihm nicht fügen wollte? Wo fände sich die Macht, um einem Spruch dieses Rechts die Ausführung zu sichern?

In Amerika hat der ehemalige Staatssekretär Elihu Root sich 1908 dahin geäußert, daß der von der zweiten Haager Konferenz eingesetzte „high court of international justice“ wirklich kraft des Zwanges, den die öffentliche Meinung ausübe, endgültige und einspruchsfreie Entscheidungen werde treffen können. Auch die jetzigen Führer der amerikanischen Friedensbewegung scheinen diese Auffassung zu teilen. In naivem Selbstbewußtsein scheinen sie zu glauben, daß die öffentliche Meinung überall die Ansicht vertreten müsse, die den amerikanischen Geldmagnaten als die für sie vorteilhafteste erscheint, und keinen Begriff davon zu haben, daß es sich bei der aufsteigenden Entwicklung der Menschheit um ganz andere Dinge handelt als um materielles Wohlbefinden, Geschäfts- und Geldverkehr.

In Wirklichkeit würde die öffentliche Meinung durchaus keine einheitliche sein, und ein eigentlicher Zwang könnte immer nur wieder durch Krieg ausgeübt werden, der gerade ver-

mieden werden soll. Nur in einem Universalstaat, wie im Römischen Reich, könnte man sich eine schiedsrichterliche Entscheidung bei Streitigkeiten der einzelnen Unterstaaten allenfalls denken; einen solchen aber kann und wird es niemals wieder geben, und wenn er entstände, wäre er ebenso wie eine allgemeine Friedensliga gewiß das größte Unglück für allen menschlichen Fortschritt, der eben auf dem Gegensatz der Interessen und dem ungehemmten Wettstreit verschiedener Gruppen beruht.

Solange wir in einem Staatensystem leben, wie es das heutige ist, hat demnach der deutsche Reichskanzler zweifellos das Richtige getroffen, als er in seiner Reichstagsrede vom 30. März 1911 sich dahin äußerte, daß Schiedsgerichtsverträge zwischen Staaten auf klar zu übersehende Rechtsverhältnisse beschränkt werden müßten und daß auch ein allgemeiner Schiedsvertrag zwischen zwei Staaten keinerlei Bürgschaft für dauernden Frieden gewähre. Ein solcher Vertrag stelle lediglich fest, daß zwischen den beiden vertragsschließenden Staaten ein ernsthafter Anlaß, den Frieden zu brechen, nicht gedacht werden könne; er besiegele also nur einen bereits tatsächlich bestehenden Zustand. Andere dieser sich aber, „entwickelten sich zwischen den beiden Nationen Gegensätze, die ihre Lebensbedingungen berühren, die, wie man im gemeinen Leben zu sagen pflege, an die Nieren gehen, dann werde jeder Schiedsvertrag ‚brennen wie Zunder‘, d. h. seine Wirkung völlig verlieren“.

Es ist ferner zu bedenken, daß eine friedliche Entscheidung durch ein Schiedsgericht eine kriegerische in ihren Wirkungen und Folgen niemals ersetzen könnte, selbst für den Staat, zu dessen Gunsten sie ausfällt. Wenn man sich z. B. denkt, daß Schlesien Friedrich dem Großen infolge eines Schiedsspruches zugefallen wäre statt infolge eines Heldenkampfes sondergleichen, wäre dann die Erwerbung dieser Provinz wohl von gleicher Bedeutung geworden für Preußen und für Deutschland? Das wird gewiß niemand behaupten wollen. Der materielle Machtzuwachs, den der Staat Friedrichs durch die

Erwerbung Schlesiens erhielt, ist gewiß nicht gering anzuschlagen; weit wichtiger aber war der Umstand, daß dieser Staat sich als ein solcher bewährte, den selbst die stärkste europäische Koalition nicht niederzuringen vermochte, daß er sich aus eigener Kraft behauptete als ein Hort freier geistiger und religiöser Entwicklung. Der Kampf selbst ist es gewesen, der Preußens Bedeutung schuf, der ein Erbe von Ruhm und Ehre aufhäufte, das nie wieder verleugnet werden kann, der jenes stahlharte Preußen schmiedete, an dem das neue Deutschland empornwachsen konnte als ein mächtiger europäischer Staat und als eine zukünftige Weltmacht.

Hier hat sich also der Krieg als eine schöpferische Kraft erwiesen, und diese Wirkung können wir immer wieder wahrnehmen, wenn wir die Geschichte um ihre Lehren befragen.

Fassen wir nunmehr das Ergebnis der Betrachtung zusammen, so erkennen wir, daß von den verschiedensten Gesichtspunkten aus die Bestrebungen, die die Abschaffung des Krieges überhaupt zum Zweck haben, nicht nur als töricht, sondern geradezu als unsittlich bezeichnet und als menschenunwürdig gebrandmarkt werden müssen. Denn worauf läuft dieses ganze Wesen hinaus? Es soll den Menschen das Recht und die Möglichkeit genommen werden, ihr höchstes materielles Gut, ihr physisches Leben für ideale Zwecke einzusetzen und damit den höchsten sittlichen Altruismus zu betätigen. Die großen Streitigkeiten der Völker und Staaten sollen durch Schiedsgerichte, also durch Vergleiche beigelegt werden; einseitiges, beschränktes, formales Recht soll an die Stelle der geschichtlichen Entscheidungen gesetzt, dem schwachen soll die gleiche Daseinsberechtigung zugesprochen werden wie dem starken, lebenskräftigen Volke. Das alles stellt einen anmaßlichen Eingriff dar in die natürlichen Entwicklungsgesetze, einen Eingriff, der nur zu den schlimmsten Folgen für die Gesamt Menschheit führen könnte.

Mit dem Aufhören des unbeschränkten Wettbewerbs, der schließlich mit den Waffen seinen Austrag sucht, würde sehr bald jeder wirkliche Fortschritt unterbunden, und es würde sich

eine sittliche und geistige Verjümpfung ergeben, die eine Entartung zur Folge haben müßte. Wo die Fähigkeit verloren geht, die höchsten materiellen Güter, Leben, Gesundheit, Besitz und Wohlbefinden, freudig dahinzugeben für ideale Zwecke: für die Erhaltung nationaler Eigenart und politischer Selbständigkeit, für die Erweiterung der Machtsphäre und des territorialen Besitzes im Interesse der nationalen Wohlfahrt, für bestimmenden Einfluß im Konzert der Völker nach Maßgabe der eigenen Kulturbedeutung, für geistige Freiheit gegen dogmatischen und politischen Zwang, für die Ehre der Fahne als Inbegriff des eigenen Wertes: da ist die aufsteigende Entwicklung gebrochen, der Niedergang besiegelt und innerer und äußerer Zusammenbruch sind nur noch eine Frage der Zeit. Die Geschichte redet in dieser Hinsicht eine nicht mißzuverstehende Sprache. Sie zeigt, daß überall der Fortschritt durch die Wehrhaftigkeit bedingt ist. Wo bei wachsender Kultur und steigendem materiellen Wohlleben der Kampf aufhört, wo die Kriegstüchtigkeit schwindet und der Wille nachläßt, sich unter allen Umständen zu behaupten, da gehen die Völker sehr bald ihrem Untergange entgegen und können sich weder politisch noch biologisch behaupten.

„Nur wenn Volkscharakter und Kriegsgewohnheit in beständiger Wechselwirkung sich gegenseitig tragen, darf ein Volk hoffen, einen festen Stand in der politischen Welt zu haben,“ sagt Clausewitz¹⁾, der große Philosoph des Krieges, und hat unwiderleglich recht mit dieser Behauptung.

Die Friedensbestrebungen würden aber nicht nur, wenn sie ihren Zweck erreichten, zu allgemeiner Entartung führen, wie sie überall in der Natur eintritt, wo der Kampf ums Dasein ausgeschaltet wird: sie wirken auch ganz unmittelbar schädigend und entnervend. Indem die Friedensapostel weite Kreise eines Volkes in den Bann ihrer utopistischen Bestrebungen ziehen, führen sie ein Element der Schwäche in das Volksleben ein, lähmen den Willen zur Selbstbehauptung wie den berechtigten

¹⁾ Clausewitz, Vom Kriege, 3. Buch, 6. Kapitel.

nationalen Stolz und unterstützen unter Umständen eine marklose Politik, indem sie sie mit dem falschen Schimmer höherer Humanität umgeben und ihr Scheingründe bieten, die eigene Schwäche zu bemänteln. Sie besorgen damit die Geschäfte der rücksichtsloseren Gegner, wie es die von allgemeinen Friedensgedanken durchtränkte preussische Politik 1805 und 1806 tat und damit den Staat an den Rand des Verderbens führte.

Wahre Humanität besteht in einem Doppelten: einerseits in der Förderung der geistigen, sittlichen und kriegerischen Kraft sowie der politischen Macht als der sichersten Gewähr für die allseitige Entwicklung der Persönlichkeiten; anderseits im gesellschaftlichen Leben wie in dem des einzelnen in der praktischen Betätigung subjektiver Ideale nach dem Gesetz der Liebe.

Man kann füglich, wie mir scheinen will, die auf die Unterdrückung des Krieges gerichteten Bestrebungen mit denen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft vergleichen, die ja auch mit ihnen Hand in Hand gehen. Beide Bewegungen verfolgen utopistische Ziele:

Die organisierte Arbeiterschaft strebt ein Ideal an, dessen Verwirklichung nur dann überhaupt gedacht werden könnte, wenn es gelänge, Lohn und Arbeitszeit international für die gesamte Weltindustrie festzulegen und auch die Kosten der Lebenshaltung überall gleichmäßig zu gestalten. Solange das nicht der Fall ist, bestimmt der Weltmarktpreis die mögliche Lohnhöhe, und ein Volk, das den Versuch machen wollte, ohne Rücksicht hierauf Lohn und Arbeitszeit selbständig zu bestimmen, liefe Gefahr, im Wettbewerb mit Völkern, die mehr und billiger arbeiten, seinen Platz auf dem Weltmarkt zu verlieren. Arbeitslosigkeit und das äußerste Elend der Arbeiterschaft wären die notwendige Folge. Anderseits würde die Internationalisierung der Industrie, indem sie jeden Wettbewerb ausschloß und unmöglich machte, sehr bald eine Verschlechterung der Waren und eine tiefe Entfittlichung der Arbeiterbevölkerung zur Folge haben.

Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse für die Friedensidee.

Ihre Durchführung wäre, wie wir sahen, nur im Universalstaat möglich, und dieser ist jetzt ebenso unmöglich wie eine einheitlich geregelte Weltindustrie. Ein Staat aber, der ohne Rücksicht auf die andersgearteten Auffassungen der Nachbarstaaten die Friedensidee praktisch zur Nichtsnur seiner Politik machen wollte, würde sich nur selbst auf das schwerste schädigen und sehr bald die Beute entschlossener und kampfkraftiger Nachbarn werden.

Zum Glück muß es als vollständig ausgeschlossen bezeichnet werden, daß die Friedensbestrebungen ihre äußersten Zwecke jemals erreichen könnten in einer Welt, die von Waffen starrt und in der noch immer ein gesunder Egoismus die Politik der meisten Staaten leitet. „Der lebendige Gott“, sagt Treitschke, „wird dafür sorgen, daß der Krieg als eine furchtbare Arznei für das Menschengeschlecht immer wiederkehrt“¹⁾.

Immerhin bedeuten gerade bei uns in Deutschland diese Bestrebungen eine nicht zu unterschätzende Gefahr. Wir Deutsche neigen dazu, allen möglichen unpraktischen Träumereien nachzuhängen. „Die Sicherheit des nationalen Instinkts ist heute bei uns noch durchaus nicht eine allgemeine Eigenschaft wie in Frankreich“²⁾. Es fehlt uns das richtige Gefühl für die politischen Notwendigkeiten. Ein tiefer sozialer und religiöser Zwiespalt teilt das deutsche Volk in verschiedene politische Gruppen, die sich in erbitterter Feindschaft befehden; die historisch gewordenen Gegensätze sind auch auf politischem Gebiet noch keineswegs überwunden. In diese Zerrissenheit unseres Volks- und Parteilebens bringen die Friedensbestrebungen ein neues Element der Schwäche, der Zwietracht und der Unentschlossenheit.

Daß viele Vertreter solcher Ideen an die Möglichkeit ihrer praktischen Durchführung wirklich glauben und mit ihnen das allgemeine Beste zu fördern überzeugt sind, soll nicht bestritten werden. Ebenso oft aber werden die Friedensbestrebungen lediglich als Deckmantel sehr selbstsüchtiger politischer Absichten

¹⁾ Treitschke, Politik I, S. 76.

²⁾ Ebenda I, S. 81.

benutzt; und gerade in ihrem scheinbaren humanitären Idealismus liegt ihre Gefährlichkeit begründet.

Mit allen Mitteln muß daher diesen utopistischen Treibereien entgegengetreten werden; sie müssen öffentlich als das gekennzeichnet werden, was sie in Wirklichkeit sind: als eine ungesunde und schwächliche Utopie oder als der Deckmantel politischer Intrigen. Unser Volk muß einsehen lernen, daß die Erhaltung des Friedens niemals der Zweck der Politik sein kann und sein darf. Die Politik eines großen Staates hat positive Zwecke zu erstreben. Sie wird naturgemäß bemüht sein diese, solange als es möglich und vorteilhaft ist, auf friedlichem Wege zu erreichen. Sie muß sich aber nicht nur selbst bewußt bleiben, daß in großen, entscheidenden Fragen, die auf die Gesamtentwicklung eines Volkes von bestimmendem Einfluß sind, der Appell an die Waffen ein heiliges Recht des Staates ist, sondern sie muß diese Überzeugung auch im Volksbewußtsein wach erhalten. Immer wieder muß die Notwendigkeit, der Idealismus und der Segen des Krieges als eines ebenso unentbehrlichen wie fördernden Entwicklungsgesetzes betont werden; den Aposteln der Friedensidee aber muß man Goethes mannhaftes Wort entgegenhalten:

„Träumt ihr den Friedenstag?
Träume, wer träumen mag!
Krieg heißt das Lösungswort,
Sieg, und so klingt es fort . . .“ (Faust II.)

Die Pflicht zum Kriege

Fürst Bismarck hat sich wiederholt vor dem deutschen Reichstage dahin geäußert, daß man die ungeheuere Verantwortung, einen Krieg absichtlich herbeizuführen, niemals auf sich nehmen dürfe. Es lasse sich nicht voraussagen, welche unerwarteten Ereignisse eintreten könnten, die die ganze Lage änderten und damit auch den Krieg mit seinen Gefahren und Schrecken überflüssig machten. Auch in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ spricht er sich dahin aus, „daß auch siegreiche Kriege nur dann, wenn sie aufgezwungen sind, verantwortet werden können, und daß man der Vorsehung nicht so in die Karten sehen kann, um der geschichtlichen Entwicklung nach eigener Berechnung vorzugreifen“¹⁾).

Es mag dahingestellt bleiben, ob der Fürst diesen Ausspruch als einen allgemein gültigen Grundsatz betrachtet wissen wollte, oder ob er ihn nur als eine nachträgliche Erklärung für seine jahrzehntelang durchgeführte Friedenspolitik getan hat. Auch ist dessen eigentliche Tragweite schwer zu ermessen. Der Begriff des „Aufgezwungenseins“ kann sehr verschieden gefaßt werden. Man braucht dabei nicht nur an äußere Feinde zu denken, die den Krieg erzwingen. Auch durch innere Verhältnisse oder den Druck der ganzen politischen Lage kann ein Krieg dem Staatsmanne aufgezwungen erscheinen.

Gehandelt hat Fürst Bismarck jedenfalls nicht immer nach dem strengen Wortlaut jenes Ausspruchs; ja seine eigentümliche Größe besteht gerade darin, daß ihm im gegebenen Augenblick

¹⁾ Gedanken und Erinnerungen Bd. II, S. 93 (Volksausgabe Bd. II, S. 114).

die Tatkraft nicht gefehlt hat, einen Krieg aus eigenem Entschluß zu beginnen.

Der Gedanke, wie er in seiner späteren Äußerung zum Ausdruck kommt, läßt sich auch, wie mir scheinen will, als ein allgemeingültiger Grundsatz des politischen Handelns nicht erweisen. Wollte man ihn als solchen anerkennen, so würde man sich nicht nur mit den Anschauungen gerade unserer größten preussischen Fürsten in Widerspruch setzen, sondern man würde die freie Tat, die eigentlich treibende Kraft, aus der Politik ausschneiden.

Die Größe echter Staatskunst besteht eben darin, daß sie die natürliche Entwicklung der Dinge erkennt, die waltenden Kräfte nach ihrer wahren Bedeutung einschätzt, sie im eigenen Interesse verwertet und leitet, und vor den Konflikten, die unter den gegebenen Verhältnissen unvermeidlich sind, nicht zurückscheut, sondern sie entschlossen durch Kampf entscheidet, wenn die Gunst der Lage einen glücklichen Ausgang erhoffen läßt. Gerade dadurch wird die Politik zu einem Werkzeug der Vorsehung, die sich des Menschenwillens bedient, um ihre Zwecke zu erreichen. „Männer machen die Geschichte“¹⁾, wie das gerade die Taten Bismarcks so deutlich erkennen lassen.

Es ist ja gewiß richtig, daß selbst die gespanntesten politischen Beziehungen sich in ganz unerwarteter Weise friedlich lösen können. Oft genügt der Tod eines einzigen Menschen, das Verschwinden eines großen Ehrgeizes, die Beseitigung eines tatkräftigen Willens, um eine gespannte politische Lage von Grund aus zu ändern. Auf so einfache Weise aber gleichen sich die großen Gegensätze im Völkerleben nicht aus. Mag der Mann verschwinden, der sie zum Austrag bringen wollte, und damit die politische Krisis für den Augenblick sich lösen: die Gegensätze selbst bleiben bestehen und führen immer von neuem zu Streitigkeiten und endlich zum Kriege, wenn sie durch wirklich gewichtige und unveröhnliche Interessen bedingt sind. Mit dem Tode König Eduards von England ist die Einkreisungs-

¹⁾ Treitschke, Deutsche Geschichte I, S. 28.

politik gegen Deutschland, die er mit großem staatsmännischen Geschick eingeleitet hatte, in sich zerfallen; die deutsch-englische Gegenstellung aber, die auf dem Widerstreit der beiderseitigen Interessen und Ansprüche beruht, ist bestehen geblieben, wenn es auch der alle Gegensätze nicht immer zum Segen versöhnenden Diplomatie gelungen ist, ihr den kritischen Charakter für den Augenblick zu nehmen, freilich nicht ohne Opfer von deutscher Seite.

Auch erscheint es an und für sich durchaus unzulässig, das politische Handeln von unbestimmbaren Möglichkeiten abhängig zu machen. Man würde damit einen völlig unsicheren Faktor willkürlich in die Politik einführen, die an sich schon mit manchen unbekannten Größen rechnen muß; man würde sie damit mehr oder weniger vom Zufall abhängig machen.

Es darf wohl als selbstverständlich bezeichnet werden, daß der große Realpolitiker Bismarck seine Äußerungen über die politische Verwendung des Krieges nicht in diesem Sinne ausgelegt wissen wollte, der ihm heute so vielfach untergeschoben wird, um die eigene Schwäche mit der Autorität des großen Mannes zu bemänteln. Nur Verhältnisse, die sich übersehen und beurteilen lassen, dürfen das politische Handeln bestimmen. Für die sittliche Berechtigung des politischen Entschlusses aber sind entscheidend nicht seine möglichen Folgen, sondern sein Zweck und seine Beweggründe, die vom Handelnden vorausgesetzten Verhältnisse, die Zuverlässigkeit, Ehrlichkeit und Gründlichkeit der zum Handeln führenden Überlegungen. Sein praktischer Wert wird anderseits bedingt durch die zutreffende Beurteilung der Gesamtlage; durch die richtige Schätzung der eigenen und der feindlichen Machtmittel; durch die klare Voraussicht der wahrscheinlichen Folgen; kurz durch die staatsmännische Einsicht und die Rechtzeitigkeit der Entschließung.

Wenn der Staatsmann in diesem Geist und Sinn handelt, wird ihm auch das Recht nicht abgesprochen werden können, unter Umständen einen für notwendig erachteten Krieg im günstigen Augenblick zu beginnen und seinem Staate das stolze Vorrecht solcher Initiative zu wahren. Muß ein Krieg, zu dem

man sich freiwillig nicht entschließen konnte, später vielleicht unter viel ungünstigeren Bedingungen geführt werden, so fällt die schwere Verantwortung für die erhöhten Opfer, die dann gebracht werden müssen, jenen zur Last, denen im günstigen Augenblick Kraft und Mut zur entscheidenden politischen Tat gefehlt haben.

Solchen Erwägungen gegenüber läßt sich eine Theorie, nach der man einen Krieg niemals herbeiführen dürfe, nicht aufrecht erhalten.

Dennoch hat sie in unserer Zeit besonders auch in Deutschland unzählige Anhänger gefunden.

Selbst Staatsmänner, die eine völlige Beseitigung des Krieges für unmöglich halten, die nicht glauben, daß sich die ultima ratio aus dem Leben der Nationen völlig wegstreichen lasse, sind doch der Ansicht, daß man bestrebt sein müsse, ihr Eintreten so weit wie möglich hinauszuschieben¹⁾.

Wer dieser Auffassung huldigt, steht mit den eigentlichen Vertretern der Friedensidee insofern auf annähernd gleichem Standpunkt, als auch er den Krieg ausschließlich als ein Unheil betrachtet und dessen schöpferische und kulturfördernde Bedeutung nicht anerkennt, oder doch sehr wesentlich unterschätzt. Auch ein als notwendig erkannter Krieg müßte nach dieser Auffassung so lange als möglich hinausgeschoben werden, und niemals dürfte der Staatsmann besonders günstige Verhältnisse benutzen, um notwendige und berechnete Bestrebungen mit den Waffen durchzusetzen.

Solche Anschauungen können nur allzuleicht der irrigen und verderblichen Vorstellung Vorschub leisten, als ob die Erhaltung des Friedens jemals unmittelbarer und letzter Zweck der Politik oder gar ihre Hauptaufgabe sein könne.

Solchen von falscher Humanität erzeugten Ansichten gegenüber muß es klar und bestimmt ausgesprochen werden, daß es

¹⁾ Rede des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg vom 30. März 1911. Auch in seiner Rede vom 9. November 1911 hat sich der Reichskanzler auf die angeführten Äußerungen des Fürsten Bismarck berufen, um die friedliche Lösung der Marokkofrage zu begründen.

unter Umständen nicht nur das Recht, sondern die sittliche und politische Pflicht des Staatsmannes ist, einen Krieg herbeizuführen.

Wo immer man das Buch der Geschichte aufschlägt, überall findet man Belege für die Tatsache, daß Kriege, die im richtigen Augenblick mit mannhaftem Entschluß begonnen wurden, in politischer wie sozialer Hinsicht die glücklichsten Folgen zeitigten. Die politische Schwäche aber hat immer nur Unheil gestiftet, weil dem Staatsmann die Entschlußfähigkeit fehlte, die Gefahr eines notwendigen Krieges auf sich zu nehmen, weil er durch diplomatisches Notenspiel den Ausgleich unverzöhnbarer Gegensätze herbeizuführen suchte und sich über den Ernst der Lage und die wirkliche Tragweite der Dinge selbst zu täuschen verstand.

Unsere eigene neuere Geschichte in ihren Höhen und Tiefen liefert uns dafür die schlagendsten Beweise.

Schon der große Kurfürst hat den Grundstein zu Preußens Macht gelegt durch glückliche, selbstgewollte Kriege. Friedrich der Große ist den Spuren seines ruhmreichen Ahnherrn gefolgt. „Er bemerkt, wie sein Staat in unhaltbarer Mittelstellung zwischen den Kleinstaaten und den Großstaaten daherschwanke, und zeigt sich entschlossen, diesem Zwitterwesen einen festen Charakter zu geben (*décider cet être*); die Vergrößerung des Staatsgebiets, das *corriger la figure de la Prusse* ist zur Notwendigkeit geworden, wenn anders Preußen auf eigenen Füßen stehen, den großen königlichen Namen mit Ehren führen will“¹⁾. Dieser politischen Notwendigkeit trug der König Rechnung und faßte den kühnen Entschluß, Österreich zum Kampfe herauszufordern. Keiner der Kriege, die er geführt hat, ist ihm aufgezwungen worden; keinen hat er so lange wie möglich hinausgeschoben. Immer hat er sich selbst zum Angriff entschlossen, um seinen Gegnern zuvorzukommen und sich günstige Erfolgswahrscheinlichkeiten zu sichern. Was er erreicht hat, ist bekannt. Die ganze Entwicklungsgegeschichte der europäischen

¹⁾ Treitschke, Deutsche Geschichte I, S. 51.

Nationen und damit der Menschheit überhaupt hätte eine andere werden müssen, wenn dem König die heroische Entschlußkraft gefehlt hätte, die er bewies.

Die ganz entgegengesetzte Entwicklung sehen wir unter der Regierung Friedrich Wilhelms III., beginnend mit dem Jahr der Schwäche 1805, an das unser Volk gar nicht oft genug erinnert werden kann.

Daß man auf die Dauer dem Kampf mit Napoleon nicht werde ausweichen können, war mit Händen zu greifen. Dennoch und trotz des Neutralitätsbruchs durch die Franzosen konnte sich die preußische Regierung nicht entschließen, den verbündeten Russen und Österreichern zu Hilfe zu eilen, sondern suchte den Frieden zu wahren, wenn auch unter schwerer moralischer Einbuße. Allem menschlichen Ermessen nach hätte eine Beteiligung Preußens am Kriege des Jahres 1805 den Verbündeten ein entscheidendes Übergewicht verliehen; dem Festhalten an der Neutralität aber folgte der Zusammenbruch von 1806 und hätte den endgültigen Niedergang des preußischen Staates bedeutet, wenn in ihm nicht die sittlichen Werte bestanden hätten, die Friedrich der Große ihm erfochten hatte. Gerade in der völligen Niederlage traten sie um so leuchtender in die Erscheinung. Die Nachwirkungen von Friedrichs Siegen hielten trotz des politischen Zusammenbruchs den Geist lebendig, den er seinem Staate und seinem Volke eingehaucht hatte. Das läßt sich deutlich wahrnehmen an dem ganz verschiedenen Verhalten des preußischen Volkes und der übrigen Deutschen unter dem Druck und der Schmach der Napoleonischen Gewalt Herrschaft. Die Kraft, die durch lange ruhmreiche Kriege im preußischen Volke herangebildet war, erwies sich wertvoller als alle materiellen Güter, die der Frieden erzeugt, sie war selbst durch die Niederlage von 1806 nicht zu brechen und ermöglichte den heroischen Aufschwung von 1813.

Auch die deutschen Einigungskriege gehören zu den Kämpfen, die trotz aller Opfer eine reiche Segensernte heranreifen ließen. Die haltlose politische Schwäche, die die preußische Regierung 1848 zeigte, die 1850 zu der Schmach von Olmütz führte,

hatte die politische und nationale Bedeutung Preußens abermals tief erschüttert. Die ruhige bewußte Kraft, mit der es sich seiner nationalen Aufgabe wieder zuwandte, als König Wilhelm I. und Bismarck das Steuer führten, machte sich dagegen sehr bald belebend fühlbar. Indem Bismarck unsere Einigungskriege herbeiführte, um einen unhaltbar gewordenen Zustand von Grund aus zu heilen und unserem Volke gesunde Lebensbedingungen zu schaffen, hat er das jahrhundertelange Sehnen des deutschen Volkes erfüllt und Deutschland zu einer unbefrittenen europäischen Macht ersten Ranges emporgehoben. Die Erfolge der Waffen und die durch sie erkämpfte politische Macht haben auch die Grundlage geschaffen für einen materiellen Aufschwung sondergleichen. Anderseits ist es gar nicht auszu-denken, welche schmachvolle Entwicklung dem deutschen Volke beschieden gewesen wäre, wenn diese Kriege nicht mit bewußter Staatskunst herbeigeführt worden wären.

Auch die neueste Geschichte zeigt uns ähnliches. Wenn man ganz unparteiisch den japanischen Standpunkt beurteilt, wird man den Entschluß zum Kriege gegen Rußland nicht nur heroisch, sondern auch politisch klug und sittlich gerechtfertigt finden. Es war ein ungeheures Wagnis, den russischen Kolos in die Schranken zu fordern; aber anderseits waren die rein militärischen Verhältnisse günstige, und das rasch zu hoher Kulturblüte emporgekommene japanische Volk brauchte eine erweiterte Machtphäre, um sich allseitig entwickeln und seinem Tatendrang neue Bahnen eröffnen zu können. Auch durfte es sich mit Fug und Recht von seinem Standpunkt aus wenigstens berufen glauben, die maßgebende Kulturmacht im asiatischen Osten zu werden und die Nebenbuhlerschaft Rußlands zurückzuweisen. Der Erfolg hat den japanischen Staatsmännern recht gegeben. Der siegreiche Krieg hat dem japanischen Volke und Staate erweiterte Lebensbedingungen geschaffen und hat es mit einem Schlage zu einem mitbestimmenden Faktor im Völkerleben erhoben, zu einer politischen Bedeutung, die unweigerlich auch zu materiellem Aufschwung führen muß. Wäre anderseits dieser Krieg aus Schwäche oder philanthropischen

Utopien vermieden worden, so ist mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß die Dinge sich ganz entgegengesetzt entwickelt hätten. Die wachsende Macht Rußlands im Amurgebiet und in Korea hätte den japanischen Nebenbuhler zurückgedrängt oder ihn wenigstens gehindert, sich zu so bedeutender Machtstellung aufzuschwingen, wie es durch diesen militärisch und politisch gleich ruhmreichen Krieg geschah.

Immer ist es, wie man sieht, die zweckmäßige und bewußte Anwendung des Krieges als eines politischen Mittels, das zu so glücklichen Ergebnissen geführt hat. Ein Beispiel dafür aber, daß selbst ein unglücklich verlaufender Krieg unter Umständen einem Volk segensreicher werden kann als ein kampflofes Zurückweichen in entscheidenden Lebensfragen, bietet in neuester Zeit der Heldenkampf der kleinen Burenstaaten gegen die englische Weltmacht. Sie sind in diesem Kampfe mit Notwendigkeit unterlegen. Daß eine Bauernmiliz der vereinigten Macht Englands und seiner Kolonien auf die Dauer nicht würde widerstehen, daß die Bauernheere große Verluste im allgemeinen nicht würden ertragen können, war natürlich vorauszusehen. Dennoch aber scheint — wenn nicht alle Zeichen trügen — dem Burenvolke aus dem vergossenen Blute eine segensreiche und freie Zukunft zu erblühen. Der Widerstand war trotz mancher Schwächen ein heroischer; Männer wie Präsident Stein, Botha und Dewet mit ihren tapferen Anhängern haben auch militärisch vielfach Großes geleistet. Das ganze Volk hat alles an alles gesetzt und sich einmütig zum Kampfe um die Freiheit erhoben, von dem Byron singt:

For freedom's battle once begun
Bequeathed from bleeding sire to son,
Though baffled oft, is ever won¹⁾.

Durch diesen Kampf sind moralische, unwägbare Werte ge-

¹⁾ Byron, The Giaur. Der Vers lautet in freier Übersetzung:
„Wenn der Kampf der Freiheit lodernd erwacht,
Vom sterbenden Helden dem Sohn vermacht,
Dann kann wohl wechseln das Glück im Krieg,
Doch immer endet der Kampf im Sieg.“

schaffen worden, die sich aus der weiteren Entwicklung nicht mehr ausscheiden lassen. Die Buren haben sich als Nation behauptet; sie haben sich den Engländern in gewissem Sinne überlegen erwiesen; nur erdrückender Übermacht sind sie nach zahlreichen ruhmvollen Siegen unterlegen; sie haben einen Schatz an Ruhm und Selbstbewußtsein geschaffen, der sie auch als Besiegte noch zu einem Machtfaktor machte. Die Folge dieser Entwicklung aber ist, daß sie heute das vorherrschende Volk in Südafrika geworden sind, daß England es vorgezogen hat, ihnen lieber die Selbstverwaltung zuzubilligen, als sie sich in dauernder Feindschaft gegenüber zu sehen. Damit ist der Grund gelegt worden zu den freien Vereinigten Staaten von Südafrika¹⁾. Präsident Krüger aber, der den Entschluß zu diesem in jeder Hinsicht berechtigten Kriege faßte, nicht Cecil Rhodes, wird trotz des tragischen Ausganges, den der Kampf selbst genommen hat, in aller Zukunft als der große weitblickende Staatsmann Südafrikas gelten, der es verstanden hat, ungeachtet der Ungunst der materiellen Verhältnisse die unwägbaren sittlichen Werte nach ihrer schlechtthin entscheidenden Bedeutung einzuschätzen.

So bestätigen die Lehren der Geschichte die Auffassung, daß Kriege, die in bewußter Absicht mit staatsmännischer Einsicht herbeigeführt wurden, die glücklichsten Ergebnisse zur Folge hatten. Dennoch bleibt der Krieg immer ein gewalttames Mittel der Politik, das nicht nur die Gefahr der Niederlage in sich schließt, sondern in jedem Falle große Opfer fordert

¹⁾ „War and the arme blanche.“ Erskine Childers. The truth came like a flash . . . that all along we had been conquering the country, not the race, winning positions, not battles (p. 215).

To . . . aim at so cowing the Boer national spirit, as to gain a permanent political ascendancy for ourselves, was an object beyond our power . . . to achieve . . . Peaceable political fusion under our own flag, was the utmost we could secure. That meant a conditional surrender on a promise of future autonomy (p. 227, 228). Zu diesem Buch hat Lord Roberts ein sehr anerkennendes Vorwort geschrieben, ohne sich gegen die darin enthaltenen Urteile irgendwie zu verwahren.

und ungezählte Leiden im Gefolge hat. Wer sich zum Kriege entschließt, nimmt stets eine große Verantwortung auf sich.

Es ist daher von vornherein klar, daß man nur aus den wichtigsten Gründen zu einem solchen Entschluß gelangen wird, besonders unter den heutigen Verhältnissen, die die Volksheere geschaffen haben. Völlige Klarheit muß darüber herrschen, von welchen Gesichtspunkten aus ein solcher Entschluß überhaupt gefaßt werden darf; welche politischen Zwecke die Anwendung der Waffen rechtfertigen.

Diese Frage also bedarf eingehender Erwägung. Nur aus dem Wesen und der Aufgabe des Staates läßt sich eine befriedigende Antwort ableiten.

Wenn diese Aufgabe darin besteht, die höchste geistige und sittliche Entwicklung der Bürger zu ermöglichen und an der sittlichen Erziehung des Menschengeschlechts mitzuarbeiten, so muß das eigene Handeln des Staates notwendigerweise unter sittlichen Gesetzen stehen. Die Moral für den einzelnen aber darf man nicht unmittelbar auf das Handeln des Staats übertragen. Wollte er sich dieser fügen, so käme er vielfach mit seinen eigensten Aufgaben in Widerspruch. Die Moral des Staates muß vielmehr aus seinem besonderen Wesen entwickelt werden, ebenso wie die Moral für den einzelnen in dem persönlichen Wesen des Menschen und seinen gesellschaftlichen Pflichten wurzelt. Das sittliche Urteil über den Staat muß aus der Natur und den Lebenszwecken des Staates und nicht des einzelnen Menschen geschöpft werden. Das Wesen des Staates aber ist Macht, „und wer nicht männlich genug ist, dieser Wahrheit ins Gesicht zu sehen, der soll seine Hände lassen von der Politik“¹⁾.

Machiavelli war der erste, der die Forderung der Macht für den Mittelpunkt aller Politik erklärt hat. Diese Forderung aber hat seit der deutschen Reformation eine andere Bedeutung gewonnen als in dem Sinn des genialen Florentiners. Ihm war die Macht um ihrer selbst willen erstrebenswert; uns ist

¹⁾ Vgl. Treitschke, Politik I, § 3 und II, § 28.

der „Staat nicht physische Macht als Selbstzweck, er ist Macht, um die höheren Güter zu schützen und zu befördern“¹⁾; die „Macht muß sich rechtfertigen, indem sie verwendet wird für die höchsten Güter der Menschheit“¹⁾.

Bei der Beurteilung der persönlichen Sittlichkeit des einzelnen „kommt es am letzten Ende immer darauf an, ob jemand sein eigenstes Wesen erkannt und ausgebildet hat zum höchsten Maße der ihm erreichbaren Vollkommenheit“¹⁾. Legt man denselben Maßstab an den Staat, so ist „für seine Macht zu sorgen, seine höchste sittliche Pflicht. Das Individuum soll sich opfern für eine höhere Gemeinschaft, deren Glied es ist; der Staat aber ist selbst das Höchste in der äußeren Gemeinschaft der Menschen, darum kann die Pflicht der Selbstvernichtung gar nicht an ihn herantreten. Die Christenpflicht der Aufopferung für etwas Höheres ist für den Staat gar nicht vorhanden, weil es über ihn hinaus in der Weltgeschichte gar nichts gibt; folglich kann er sich nicht einem Höheren opfern. Wenn der Staat seinen Untergang vor Augen sieht, so preisen wir ihn, wenn er mit dem Schwerte in der Hand unterliegt. Eine Aufopferung für ein fremdes Volk ist nicht nur nicht sittlich, sondern widerspricht der Idee der Selbstbehauptung, die dem Staate das Höchste ist“²⁾.

Ich habe geglaubt, nicht besser als mit den Worten unseres großen nationalen Geschichtschreibers die Grundlagen der staatlichen Sittlichkeit darlegen zu können. Man gelangt aber auch auf anderem Wege zu dem gleichen Ergebnis wie er.

Der einzelne ist nur für sich selbst verantwortlich. Wenn er seinen eigenen Vorteil, sei es aus Schwäche, sei es aus sittlichen Gründen, nicht wahrnimmt, schädigt er unmittelbar nur sich selbst; die Folgen seiner Handlungen fallen nur auf ihn selbst zurück. Ganz anders aber liegen die Verhältnisse für den Staat. Er vertritt die weitverzweigten und unter sich oft widerspruchsvollen Interessen einer Gesamtheit. Gibt er

¹⁾ Vgl. Treitschke, Politik I, § 3 und II, § 28.

²⁾ Ebenda I, § 3.

diese aus irgend einem Grunde preis, so schädigt er damit nicht nur sich selbst, gewissermaßen als juristische Person, sondern er verletzt zugleich die Gesamtheit der Einzelinteressen, die er zu vertreten berufen ist, und der in seinen Folgen unberechenbare Schaden fällt nicht auf einen nur für sich verantwortlichen einzelnen zurück, sondern auf eine Summe von Individuen und auf die Gesamtheit. Es ist demnach eine sittliche Pflicht des Staates, seinem eigensten Berufe als Schützer und Förderer aller höheren Interessen treu zu bleiben, und diese Pflicht kann er nur erfüllen, wenn er die nötige Macht dazu besitzt.

Diese Macht zu fördern, ist also auch von diesem Standpunkt aus die erste, alles andere bedingende Aufgabe des Staates. Nur dieser Gesichtspunkt gewährt einen in sich berechtigten Maßstab, nach dem die Sittlichkeit der Staatshandlungen bewertet werden kann. Entscheidend ist immer nur die Frage, inwieweit der Staat dieser Aufgabe gerecht wurde und damit dem Interesse der Gesamtheit diene nicht lediglich im materiellen Verstande, sondern in dem höheren Sinn, daß die materiellen Interessen nur soweit berechtigt sind, als sie die Macht des Staates und damit auch seine höheren Zwecke mittelbar fördern.

Daß diesem Gesamtinteresse zahlreiche Einzelinteressen geopfert werden müssen, ist angesichts der Vielseitigkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse selbstverständlich, und daß das Gesamtinteresse falsch beurteilt werden kann, ist bei der Beschränktheit der menschlichen Einsicht nur natürlich: immerhin ist mit der Forderung, in erster Linie stets die Macht des Staates im Auge zu haben, für den Staatsmann der leitende Gesichtspunkt gegeben, „und darum muß man aussprechen, daß unter allen politischen Sünden die der Schwäche die verwerflichste und verächtlichste ist; sie ist die Sünde gegen den heiligen Geist der Politik“ ¹⁾.

Gegen eine solche Begründung der politischen Moral läßt

¹⁾ Treitschke, Politik I, § 3.

sich nun freilich der Einwand erheben, daß man auf diesem Wege notwendigerweise zu dem jesuitischen Grundsatz gelange, der Zweck heilige die Mittel; daß zur Förderung der Staatsmacht jedes Mittel erlaubt sei.

Es ist eines der schwierigsten Probleme, das mit der Frage gestellt wird, inwiefern für an sich sittliche Zwecke in der Politik die Anwendung von Mitteln erlaubt sei, die im Leben des einzelnen als verwerflich betrachtet werden müssen. Eine befriedigende Lösung ist meines Wissens bisher noch nicht gefunden worden, und ich glaube an dieser Stelle nicht verpflichtet zu sein, eine solche zu versuchen, weil der Krieg, von dem ich hier handle, an sich überhaupt kein verwerfliches Mittel ist, sondern es nur dann wird, wenn er unsittliche oder unwichtige Zwecke verfolgt, die mit dem Ernst der Kriegshandlung nicht im Verhältnis stehen. In kurzer Abschweifung von meiner eigentlichen Aufgabe möchte ich hier aber doch auf einige Punkte kurz hinweisen, die die Frage der politischen Moral berühren.

Der Zwiespalt zwischen politischer und Einzelmoral ist keineswegs ein so tiefgehender, wie man im allgemeinen wohl annimmt. Die Macht des Staates beruht nicht ausschließlich auf materiellen Machtfaktoren: Landbesitz, Bevölkerungszahl, Reichtum, Wehrmacht zu Wasser und zu Lande; sondern in sehr hohem Grade auf sittlichen Elementen, die zu den materiellen allerdings stets in einer gewissen Wechselbeziehung stehen. Die Energie, mit der ein Staat jederzeit seine Interessen fördert und die Rechte seiner Angehörigen im Auslande vertritt, die Entschlossenheit, die er zeigt, unter Umständen mit den Waffen für sie einzutreten, schafft mit der Zeit einen wirklichen Machtfaktor gegenüber allen solchen Staaten, die sich nicht dazu aufraffen können, es unter Umständen zum Äußersten kommen zu lassen. Ebenso bilden aber auch Zuverlässigkeit und Ehrlichkeit der Politik ein Element der Macht sowohl Bundesgenossen wie Feinden gegenüber. Der Staatsmann ist also keineswegs gezwungen, absichtlich zu täuschen. Er kann auch vom politischen Standpunkt aus alle Handlungen vermeiden, die seine persönliche Sittlichkeit in Frage stellen, und er wird

damit auch dem Ansehen und der Macht seines Staates ebenso dienen, als wenn er sich von politischen Drohungen fernhält, denen die Thaten nicht entsprechen sollen, und allem politischen Phrasentum entsagt.

Im Altertum galt der Tyrannenmord für eine sittliche Handlung, und die Jesuiten haben den Königmord zu rechtfertigen gesucht¹⁾; heute wird der politische Mord auch vom Standpunkt der politischen Moral aus allgemein verdammt. Dasselbe gilt aber auch vom planmäßigen politischen Betrug. Ein Staat, der betrügerische Mittel anwendet, würde sich sehr bald um alle Achtung bringen. Wer sittliche Zwecke mit unsittlichen Mitteln verfolgt, verwickelt sich in einen inneren Widerspruch und vernichtet selbst den Zweck, den er verfolgt, indem er ihn durch seine Handlungen verleugnet. Gewiß darf man einem Gegner nicht alle seine Absichten und letzten Zwecke mittheilen; man kann es ihm überlassen, sich selbst ein Urtheil darüber zu bilden. Aber man braucht ihn auch nicht absichtlich zu belügen und in abgeseimter Weise zu täuschen. Großartige Offenheit ihrer Politik ist denn auch überall das Charakteristische großer Staatsmänner gewesen. Winkeltzüge und Doppelzüngigkeit kennzeichnen den kleinlichen Geist der Diplomatie.

Endlich ist aber auch noch zu bedenken, daß das Verhältnis zwischen zwei Staaten oft als ein latenter Krieg bezeichnet werden muß, der vorläufig nur im friedlichen Wettbewerb geführt wird. Ein solcher Zustand aber rechtfertigt zugleich die Anwendung friedlicher Mittel, der List und der Täuschung, gerade so wie der Krieg selbst, da in solchem Falle beide Parteien auf deren Anwendung gefaßt sind.

Ich glaube nach alledem, daß sich ein Konflikt zwischen persönlicher und politischer Moral durch kluges und vorsichtiges diplomatisches Verhalten wohl vermeiden läßt, wenn man sich über den Zweck, den man erreichen will, völlig klar ist und sich immer bewußt bleibt, daß die Mittel, die man anwendet, dem in letzter Linie sittlichen Wesen dieses Zweckes entsprechen müssen.

¹⁾ Mariana, De rege et regis institutione. Toledo 1598.

Das geltende Recht muß von der Politik allerdings vielfach verletzt werden. Dieses ist aber, wie bereits nachgewiesen, niemals unbedingtes Recht; es ist Menschenwerk und als solches unvollkommen und wandelbar; es gibt Verhältnisse, unter denen es der Wahrheit der Dinge nicht mehr entspricht; bei denen das *summum jus, summa injuria* zur Tatsache wird, und unter denen der Bruch des Rechts sittlich gerechtfertigt erscheint. Yorks Entschluß, die Konvention von Tauroggen zu schließen, war zweifellos ein Rechtsbruch, aber dennoch eine sittliche That, denn das französisch-preussische Bündnis war ein erzwungenes und stand im Widerspruch mit allen Lebensinteressen des preussischen Staates; es war seinem ganzen Wesen nach innerlich unwahr und unsittlich. Einem unsittlichen Zustand ein Ende zu machen, ist aber immer gerechtfertigt.

Was nun die Verwendung des Krieges als eines politischen Mittels betrifft, so ergibt sich aus der Erörterung, daß es allemal zur Pflicht wird, sich der *ultima ratio* zu bedienen nicht nur, wenn man angegriffen wird, sondern auch dann, wenn durch die Politik anderer Staaten die Macht des eigenen in Frage gestellt wird und mit friedlichen Mitteln sich nicht unterseht behaupten läßt. Da aber, wie wir sahen, diese Macht zwar auf materieller Grundlage ruht, aber in ethischen Werten zum Ausdruck kommt, wird der Krieg auch dann geboten erscheinen, wenn zwar die materielle Machtgrundlage nicht bedroht wird, aber der moralische Einfluß des Staates, auf den es schließlich in letzter Linie ankommt, in Frage gestellt erscheint. So können äußerlich geringfügige Anlässe unter Umständen einen vollberechtigten Grund zum Kriege geben, wenn die Ehre des Staates und damit sein moralisches Ansehen in der Welt gefährdet sind. Dieses Ansehen ist ein wesentlicher Teil der Macht. Niemals darf bei dem Gegner eines Staates der Glaube entstehen, daß der Wille fehlt, dieses Ansehen zu behaupten, auch wenn es nur mit den Waffen in der Hand geschehen kann.

Bei der Entscheidung über Krieg und Frieden muß zunächst erwogen werden, ob die Frage, um die es sich handelt, für

die Macht des Staates erheblich genug ist, um den Entschluß zum Kriege zu rechtfertigen; ob die mit Bestimmtheit eintretenden Gefahren und Leiden eines Krieges das Interesse des Staates nicht schwerer zu schädigen drohen als die Nachteile, die sich nach menschlichem Ermessen ergeben müssen, wenn der Krieg nicht geführt wird. Es muß ferner erwogen werden, ob die Gesamtlage der Verhältnisse einen militärischen Erfolg zum mindesten möglich erscheinen läßt. Doch darf man bei diesen Zweckmäßigkeitserwägungen gewisse wichtige Gesichtspunkte nicht außer acht lassen.

Zunächst muß man sich stets gegenwärtig halten, daß kein Staat berechtigt ist, nur für die Gegenwart zu sorgen und lediglich den unmittelbaren Nutzen des lebenden Geschlechtes in Betracht zu ziehen, weil ein solches Verfahren mit allem in Widerspruch stehen würde, was das Wesen des Staates ausmacht. Sein Verfahren muß sich vielmehr nach den sittlichen Aufgaben richten, die er zu lösen hat, die von jeder erreichten Stufe aus auf die nächst höhere hinweisen und jede Gegenwart vorbereiten sollen für die Zukunft. „Das ist gerade die Größe des Staates, daß er die Vergangenheit mit Gegenwart und Zukunft verbindet; folglich hat der einzelne nicht das Recht, im Staat ein Mittel für seine Lebenszwecke zu sehen“¹⁾.

So wird das Gesetz der Entwicklung zugleich ein maßgebender Faktor der Politik, und auch für den Entschluß zum Kriege muß diese Rücksicht schwerer ins Gewicht fallen als die notwendig in der Gegenwart zu bringenden Opfer. „Ich kann nicht begreifen,“ schreibt einmal Zelter an Goethe, „wie etwas Rechtes geschehen könne ohne Opfer, und daß vielmehr alle eitle Treiberei zum Gegenteil dessen führen muß, was wünschenswert ist.“

Ein zweiter Gesichtspunkt, den man festhalten muß, ist eben der, den Zelter hier mit Recht zum Ausdruck bringt: Um Großes zu erreichen, bedarf es stets eines bedeutenden Einsatzes an geistigen und materiellen Mitteln, und niemals kann man

¹⁾ Treitschke, Politik I, § 2.

eines sicheren Erfolges gewiß sein. Jede Unternehmung schließt ein gewisses größeres oder kleineres Wagnis ein; das lehrt uns schon der bürgerliche Verkehr, das tägliche Leben; wie aber könnte es in der Politik anders sein, in der man mit den gewaltigsten, immer nur ungefähr meßbaren Gegenkräften zu rechnen hat. In Fragen von verhältnismäßig geringer Bedeutung wird man daher oft mit Zugeständnissen und Vergleichen auskommen und bei gegenseitigem Nachgeben einen erträglichen Zustand schaffen können. Die Erledigung solcher Fragen ist das Tätigkeitsgebiet der Diplomatie. Ganz anders aber liegen die Dinge, wenn es sich um entscheidende Lebensfragen handelt, oder wenn der Gegner zwar Zugeständnisse fordert, selbst aber keine gewähren will und daher offen darauf ausgeht, den andern zu demütigen. Da müssen die Künste der Diplomatie schweigen, und es muß nach großen staatsmännischen Gesichtspunkten gehandelt werden: da muß man entschlossen sein, alles an alles zu setzen, und darf die ernste Entscheidung des Krieges nicht scheuen. In solchen Fragen bedeutet jedes Zurückweichen vor dem Gegner, jede Preisgabe wichtiger Interessen, jeder Versuch eines unhaltbaren Ausgleiches nicht nur einen augenblicklichen Verlust an politischem Ansehen und meistens auch an wirklicher Macht, der vielleicht an anderer Stelle wieder eingebracht werden mag, sondern eine dauernde Schädigung des Staatsinteresses, deren volle Schwere gewöhnlich erst die zukünftigen Geschlechter zu tragen haben.

Es ist nicht gesagt, daß es in solchem Falle immer zum Bruch des Friedens kommen muß. Oft werden die bloße Drohung mit dem Kriege und der fest kundgegebene Entschluß, ihn nötigenfalls zu führen, den Gegner zum Zurückweichen veranlassen. Dieser Entschluß aber muß völlig klar in die Erscheinung treten, denn „Verhandlungen ohne Waffen“, sagt Friedrich der Große, „sind wie Noten ohne Instrumente“. Schließlich ist es doch immer nur die tatsächliche Macht, vor der sich der gegnerische Wille beugt. Wenn daher die Drohung mit dem Kriege nicht genügt, um den eigenen Forderungen Achtung zu verschaffen, dann muß das Konzert beginnen; das

ist die unbedingte Forderung der Staatskunst; dann wird das Recht zum Kriege zu einer nationalen und staatsmännischen Pflicht, den Krieg zu führen.

Endlich ist noch ein drittes zu bedenken. Es kann Fälle geben, in denen es geboten ist, einen Krieg zu führen lediglich der Ehre wegen, auch wenn keinerlei Aussicht auf Erfolg besteht. Auch davon muß man sich Rechenschaft zu geben verstehen. So wenigstens dachte Friedrich der Große. Schon nach der Schlacht von Rolin hatte ihm sein Bruder Heinrich geraten, sich der Marquise von Pompadour zu Füßen zu werfen, um den Frieden mit Frankreich zu erkaufen, und nach der Schlacht von Kunersdorf erschien seine Lage vollends hoffnungslos: aber dennoch lehnte es der König unbedingt ab, den Kampf aufzugeben. Er wußte besser, was der Ehre und dem sittlichen Werte seines Staates fromme, und wollte lieber mit dem Degen in der Hand untergehen als einen unwürdigen Frieden schließen. Auch Präsident Roosevelt hat einmal, und zwar in seiner Botschaft vom 4. Dezember 1906 an den Kongreß der Vereinigten Staaten von Nordamerika, einem ähnlichen Gedanken Ausdruck gegeben. „Es muß immer“, so lauten die mannhaften und beherzigenswerten Worte, „im Auge behalten werden, daß ein Krieg, wo der Friede nur durch das Opfer der Gewissensüberzeugung oder der nationalen Wohlfahrt erlangt werden kann, nicht nur zu rechtfertigen ist, sondern für ehrenhafte Männer und eine ehrenhafte Nation zum Gebot wird. Ein gerechter Krieg ist auf die Dauer für die Seele einer Nation weit besser als der blühendste Friede, der durch das Dulden von Unbill oder Ungerechtigkeit erlangt ist; ja es kann selbst weit besser sein, im Kriege geschlagen zu werden, als überhaupt nicht gekämpft zu haben.“

Wenn man diese verschiedenen Gesichtspunkte zusammenfaßt, wird man sagen können, daß für den Entschluß, einen an sich sittlich gerechtfertigten Krieg zu unternehmen, die in einem höheren Sinne gedachte Zweckmäßigkeit entscheidend sein muß. Erleichtert aber wird ein solcher Entschluß durch die Erwägung, daß die Aussichten auf Erfolg jedenfalls dann am größten

sind, wenn man den Augenblick zum Losschlagen je nach der Gunst der politischen und militärischen Verhältnisse selbst bestimmen kann.

Es ist ferner zu bedenken, daß jeder Erfolg der äußeren Politik, zumal wenn er durch eine militärische Kraftäußerung erreicht wurde, nicht nur die Macht des Staates nach außen erhöht, sondern das Ansehen der Regierung auch im Innern stärkt und ihn dadurch um so mehr befähigt, seinen sittlichen Zwecken und seinen Kulturaufgaben gerecht zu werden.

So wird sich die Auffassung nicht bestreiten lassen, daß es unter Umständen die sittliche und politische Pflicht des Staates ist, den Krieg als politisches Mittel zu verwenden. Solange aller menschliche Fortschritt und alle natürliche Entwicklung auf Kampf gestellt sind, wird es auch geboten sein, diesen Kampf unter möglichst günstigen Bedingungen herbeizuführen.

Wo sich für einen Staat die materielle Unmöglichkeit ergibt, die durch die Macht seiner Feinde ihm aufgezwungene Kriegsrüstung länger zu tragen; wo sich erkennen läßt, daß die gegnerischen Staaten aus natürlichen Gründen allmählich eine nicht mehr auszugleichende Überlegenheit gewinnen müssen; wo man einem Offensivbündnis überlegener Feinde auf die Spur kommt, die nur den günstigen Augenblick zum Losschlagen abwarten: da hat der Staat seinen eigenen Bürgern gegenüber die sittliche Pflicht, den Kampf zu beginnen, solange die Aussichten auf Erfolg und die politischen Umstände noch einigermaßen günstig sind. Wenn anderseits die gegnerischen Staaten durch innere und äußere Verhältnisse geschwächt oder gebunden sind, die eigene Wehrkraft aber einen überlegenen Machtfaktor darstellt, da ist es geboten, die Gunst der Umstände zu benutzen, um die eigenen politischen Zwecke zu fördern. Auch in solcher Lage wird man die Gefahr eines Krieges um so weniger scheuen dürfen, je mehr die Aussicht besteht, mit verhältnismäßig geringen Opfern Großes zu erreichen.

Nur eine immer strebende, willensstarke, tätige Politik kann diesen Aufgaben gerecht werden, eine Politik, die feste Ziele verfolgt, alle lebendigen Kräfte des Staates rege zu erhalten

und einheitlich zusammenzufassen versteht, die sich der Wahrheit des Schillerschen Wortes stets bewußt ist:

„Das, was du der Minute ausgeschlagen,
Bringt keine Ewigkeit zurück.“

Der Staatsmann aber wird vor dem Urteil der Geschichte nicht bestehen können, der die Verantwortung für einen mannhafsten Entschluß nicht auf sich zu nehmen vermag und die Hoffnungen der Zukunft dem Friedensbedürfnis der Gegenwart opfert.

Daß es unter Umständen äußerst schwierig ist, die Frage zu beantworten, ob im einzelnen Fall die Bedingungen gegeben sind, die den Entschluß zum Kriege rechtfertigen, bedarf keines Beweises. Die Entscheidung ist um so schwieriger, als sie stets geschichtliche Bedeutung einschließt, und als selbst der augenblickliche Erfolg nicht endgültig über ihre innere Berechtigung entscheidet.

Der Krieg ist nicht immer ein Gottesgericht. Es gibt auch vorübergehende Erfolge, während das Völkerleben nach Jahrhunderten zählt. Das letzte Urteil kann nur durch die Überschau großer Epochen gewonnen werden¹⁾.

Wem daher die erhabene und verantwortungsvolle Aufgabe zufällt, ein großes Staatswesen zu lenken, der muß sich über das Urteil seiner Zeit hinwegsetzen können; um so klarer aber muß er sich über die Beweggründe seines eigenen Handelns sein und mit der ganzen Wucht des kategorischen Imperativs muß ihm die Lehre des großen Königsberger Philosophen vor Augen stehen: „Handle so, daß die Maxime deines Handelns zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könnte“²⁾.

Er muß zunächst von dem Wesen und der Bestimmung des Staates eine deutliche Vorstellung haben und sie vom höchsten sittlichen Standpunkt aus erfassen. Nur von diesem aus kann er die entscheidenden Richtlinien seines Handelns bestimmen und die Gesetze der politischen Moral erkennen.

Er muß sich ferner eine nicht minder klare und bestimmte Vorstellung von den Aufgaben bilden, die im besonderen das

¹⁾ Treitschke, Politik I, § 2.

²⁾ Kant, Kritik der praktischen Vernunft S. 30.

Volk zu lösen hat, dessen Geschicke zu leiten in seine Hände gelegt ist. Er muß diese Aufgaben klar und bestimmt formulieren als die festen Ziele, die die Staatskunst anzustreben hat. Erst wenn er hierüber vollkommen klar ist, kann er in jedem einzelnen Falle beurteilen, was den wahren Interessen des Staates entspricht; nur dann kann er nach einer festen Norm handeln, in klarer Borausicht die Wege der Politik ebnen und für die unausbleiblichen Kämpfe günstige Verhältnisse vorbereiten; nur dann wird er sich, wenn die Schwertessunde schlägt und der Entschluß zum Kriege an ihn herantritt, freien Geistes und ruhigen Herzens auf den Standpunkt erheben können, dem einst Luther einen ebenso urwüchsigem wie kraftvollen Ausdruck lieh: „Daß man nun viel schreibt und sagt, welch eine große Plage Krieg sei, das ist alles wahr. Aber man sollte auch daneben ansehen, wie vielmal größer die Plage ist, der man mit Kriegen wehret. Summa, man muß im Kriegsamt nicht ansehen, wie es würet, brennet, schlägt und fährt usw. — denn das thun die engen, einfältigen Kinder-
augen, die dem Arzt nicht weiter zusehen, denn wie er die Hand abhauet oder das Bein absäget, sehen aber oder merken nicht, daß es, um den ganzen Leib zu retten, zu tun ist. — Also muß man auch dem Kriegs- oder Schwertsamt zusehen mit männlichen Augen, warum es so würet und greulich tut, so wird sich's selbst beweisen, daß es ein Amt ist, an ihm selbst göttlich, und der Welt so nötig und nützlich wie Essen und Trinken oder sonst ein ander Werk“¹⁾.

Wenn wir also ein Urtheil darüber gewinnen wollen, welche Wege die deutsche Politik einzuschlagen hat, um den Interessen des deutschen Volkes gerecht zu werden, und welche Kriegsmöglichkeiten hierbei gegeben sind, müssen wir zunächst eine Vorstellung davon zu gewinnen suchen, welche staatlichen und Kulturaufgaben wir zu lösen haben, und welche politischen Ziele diesen Aufgaben entsprechen.

¹⁾ Luther, „Ob Kriegsleute auch in seligem Stande sein können.“